

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Aus.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Aufnahmen im Anzeigen- oder redaktionellen Teil kosten 1 Mk. für die siebengespaltene Kolonelle oder deren Raum. Vereins- und Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 25 Pfg. Geschäftsanzeigen werden nach Erlebigung laufender Aufträge nicht mehr aufgenommen.

Telephon-Nr. 98.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse: **Minerband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Bochum.**  
Druck u. Verlag von **Sansmann & Co., Bochum, Diemelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

### Ein Vorbild.

Wie die Bauarbeiter,  
So mit starkem Mut,  
Sollt auch ihr als Streiter  
Kämpfen treu und gut. —

Nicht mit Ruhmschalle  
Und im Progenton —  
Aber alle, alle,  
Ohne Furcht und Drohn. —

Sollt in einem Bunde  
Mit einander geh'n,  
Und in schwerer Stunde  
Zu einander sehn. —

Knappen, arme Knappen,  
Immerfort beraubt,  
Streift die Nebelkappen  
Doch von eurem Haupt. —

Wie die Bauarbeiter,  
Fest und wohlgeint,  
Sollt auch ihr als Streiter  
Wehren ab den Feind. —

F. R.

## Die preussische Wahlrechtsvorlage geachtet.

Die Wahlrechtsvorlage, die seit Monaten wie ein dunkles Verhängnis über dem preussischen Volke lagerte, ist am 27. Mai von der Regierung zurückgezogen worden. Alle freierlich und volksfreundlich gesinnten Kreise haben bei dieser Nachricht aufgetaumelt. Die Wahlrechtsvorlage ist gefallen, weil die herrschenden Parteien sich nicht über die Leute einigen konnten. Die ganzen Wahlrechtsverhandlungen im Landtag und Herrenhaus waren nichts anderes wie kleinliches, widerwärtiges Gezänk und Gezeife über die Verteilung der Mandate.

Der König von Preußen sagte in der Thronrede vom 20. Oktober 1908:

„Mit dem Erlaß der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwicklung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwicklung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Festhaltung des staatlichen Verantwortlichkeitsprinzips entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatswesen erfordert umfassende Beratungen, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.“

Die organische Fortentwicklung des preussischen Wahlrechts wird in dieser Thronrede als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet. Die Vorlage des Herrn v. Bethmann-Hollweg wollte im Gegensatz zu diesem Versprechen das Dreiklassenwahlrecht durch Verkopplung mit der direkten Wahl konvertieren. Selbst dafür war die regierende Junkerkaste nicht zu haben. Ihre Vertreter im Abgeordnetenhaus, die Konservativen, verbanden sich mit dem in Kulturfragen gleich reaktionären Zentrum und verschlechterten die Regierungsvorlage. Zweck dieser Machenschaft war, das Dreiklassenwahlrecht noch fester zu verankern. Dieser Plan mißlang. Das Herrenhaus beschloß im Einverständnis mit der Regierung die Einführung größerer Drittelsbezirke zugunsten des Großkapitals. Das Zentrum erblickte darin eine Gefährdung seines Besitzstandes und ließ die Vorlage scheitern.

Die Wahlrechtsbewegung ist mit diesem für die Regierung so schmachvollen Abschluß nicht zum Stillstand gekommen und sie wird nicht zum Stillstand kommen, bis das Dreiklassenwahlrecht beseitigt und damit die Geldjacks- und Junkerherrschaft gebrochen ist.

Wie wenig die Reaktion sich sicher fühlt, beweisen am besten die Auslassungen der offiziellen „Nordd. Allg. Ztg.“ Kündigt das Regierungsorgan doch, allerdings zwischen den Zeilen und in verkapulierter Form, eine neue Wahlrechtsvorlage an. Es schreibt nämlich:

„Es handelt sich bei der Reform des preussischen Wahlrechts um eine einschneidende Aenderung der preussischen Verfassung und um eine Materie, in der nicht nur die Anschauungen, sondern auch die Interessen der Parteien weit auseinandergehen. Solche Fragen, um die in den meisten Ländern lange gekämpft wurde, pflegen nicht auf den ersten Anstoß gelöst zu werden. Die sachliche Haltbarkeit der Lösung ist für die Regierung und das Land wichtiger als ihre Schnelligkeit.“

Selbst die „Pölnische Ztg.“ erkennt an, daß die Wahlrechtsbewegung nicht zum Stillstand kommen wird und liest den Junkern wie folgt den Text:

„Einstweilen haben die Konservativen das durchgesehen, was ihnen am meisten am Herzen lag: sie haben jede Wahlreform verhindert, und sie hoffen wohl auch, daß sie unseren leitenden Staatsmännern die Lust, am preussischen Wahlrecht zu ändern und die Verprechungen der Thronrede einzulösen, gründlich verleiden haben. Ob sie darum recht behalten werden, bleibe einstweilen dahingestellt. Wie aber auch der Reichskanzler und die Regierung über eine neue Wahlreform denken mögen: kommen wird sie, und dann werden die Konservativen vielleicht bedauern, daß sie jetzt eine Reform vorbereitet haben, bei der sie noch recht gut wegkommen wären.“

Die „Frankfurter Zeitung“, das große demokratische Organ, schreibt:

„So viel ist klar geworden, daß nur eine Wahlreform Aussicht auf Erfolg hat, die den Volkswünschen Rechnung trägt und wenigstens im allgemeinen die Forderung des gleichen und freien Wahlrechts entspricht. Eine eheliche, wirklich fortschrittliche Wahlreform wird einen so starken Rückhalt im Volke haben, daß der Widerstand der reaktionären Parteien mit Leichtigkeit zu brechen wäre. Fehlt der Entschluß dazu bei der Regierung, so wird umso stärker aus dem Volke selbst die Reformbewegung sich geltend machen.“

Die „Liberale Korrespondenz“ schreibt:  
„So ist das monatelange Ringen umsonst gewesen. Das traurige Nachwort des Gesetzes liegt zerstückt am Boden. Die Schwäche der Regierung, der Egoismus der Parteien, der Mangel an Großzügigkeit und gutem Willen, dem Volke einen wirklichen Fortschritt zu gewähren, sie haben die Reform getötet. Jetzt gilt es, die neue, die wirkliche Reform zu erstreben und abzurechnen mit den Feinden des Volkes.“

Die konservative und die Scharfmacherpresse der Großindustrie sind der Meinung, daß sich das bestehende Wahlrecht durchaus bewährt habe und kein Anlaß vorliege, dasselbe abzuändern.

Die „Konservative Korrespondenz“ schreibt:  
„Wir sind der Meinung, daß in den konservativen Kreisen im Lande dieses Ergebnis nicht mit besonderer Betrübnis beirachtet werden wird. Dazu ist die Ueberzeugung zu weit verbreitet, daß sich unser bestehendes Wahlrecht durchaus und zum Segen des Landes bewährt hat.“

Das Grubenbesitzerorgan, die „Rheinisch-Westfälische Ztg.“ schreibt:

Besser ist, es bleibt alles beim alten. So haben wir denn heute keinen anderen Wunsch, als daß das Begründnis ein definitives sei, und daß man sich auch durch viel Lärm, der zweifellos in der nächsten Zeit und von Zeit zu Zeit immer wieder ausbrechen wird, nicht dazu verführen lasse, an dem unglücklichen Stand einer Stunde der Verlegenheit und eines gebrochenen Kuhhandels Wiederbelebungsversuche zu machen. Unser Land braucht dringend der inneren Ruhe. Mäße sie bald auf Grund der bewährten Staatsrichtungen sich einstellen!“

Daß sich diese Scharfmacher- und Junkerwünsche nicht erfüllen, dafür wird das arbeitende Volk, besonders bei den nächsten Reichstagswahlen, sorgen. Auch die Bergarbeiter werden da ihren Mann stehen. Für sie handelt es sich ja ebenfalls um Lebensinteressen, weil die Bergarbeiterfragen der Gesetzgebung der Landtage unterliegen. Und Steine statt Brot hat das preussische Junker- und Geldjacksparlament den Bergarbeitern stets gegeben; nach dem Bergarbeiterstreik 1905 hat es die Regierungsvorlage derart verunzert, daß selbst die „Rhein.-Westf. Ztg.“ voller Hohn schrieb:

„Ob die Regierung den gerupften Vogel — gemeint war die Vergesetzvorlage — noch als den ihren anerkennen wird?“

Selbst der „Bergknappe“, Organ des Gewerkschaftsvereins „Christlicher“ Bergarbeiter, zog damals mit aller Schärfe gegen das Junkerparlament zu Felde. So schrieb derselbe am 22. April 1905:

„Diejenigen, welche noch hofften, die ostelbischen Agrarier würden in etwa den berechtigten Wünschen der Bergarbeiter Rechnung tragen, werden nun wohl einsehen, daß das alte Sprichwort: „Jedem das Seine“ bei diesen Helfershelfern der Grubenbesitzer ebensowenig Geltung hat, wie bei den letzteren selbst. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt einer einseitigen Klassenpolitik, wenn sich aber eine Partei fortwährend auf einen einseitigen egoistischen Standpunkt stellt, alle anderen Stände aber nicht als existenzberechtigt ansieht, so dürfen doch auch hier einmal die schärfsten zu Gebote stehenden Mittel am Platze sein.“

Als die schärfsten zu Gebote stehenden Mittel dürften nach dem „Bergknappen“ gegen das Junkerparlament am Platze sein. Und am 27. Mai 1905 fällt der „Bergknappe“ gegen dieses Parlament folgendes vernichtende Urteil:

„Wer bisher noch die Hoffnung hegte, in der zweiten Lesung würde vernünftiges herauskommen, ist gründlich kuriert. Und das ist gut! Besser ist es, die volle Mündigkeit des konservativen Kitzels vor der Welt mit erschreckender Deutlichkeit zu sehen, als sich noch länger der Täuschung hinzugeben, bei diesen arbeiterscheißenden Scharfmachern könne noch eine arbeiterscheißende Seite angeschlagen werden.“

Und als das verunzerte Gesetz dann trotz aller Proteste auch der christlichen Bergarbeiter angenommen wurde, schrieb der „Bergknappe“ in seiner Nummer vom 3. Juni 1905:

„Die Bergleute beklagen die Annahme des Gesetzes in diesem Zustande, die christlichen Bergleute haben die Regierungsvorlage als das mindeste bezeichnet, was als Einführung des Verprechens der Regierungsvorlage angesehen werden kann. Was durch das Gesetz als Arbeiterauschüsse, Arbeitervertrauensmänner zwecks Kontrolle der beladenen Förderergeräte, sanitärer Arbeitstag usw. geboten wird, sind Steine statt Brot.“

Am 7. April 1906 forderte der „Bergknappe“ alle arbeiterscheißenden Abgeordneten auf, gegen die Knappschaftsgesetznovelle zu stimmen, wenn sie den Arbeitern keinen maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung der Knappschaftskassen gewähre. Das geschah nicht! Sogar die Berginvaliden wurden durch dieses Gesetz ihres Wahlrechtes und des Rechtes, als Älteste gewählt zu werden, beraubt.

Alle Mahnungen verhallten im Winde, und so schrieb der „Bergknappe“ am 26. Mai 1906:

„Konservative und Nationalliberale haben die Mehrheit, wollen aber unter keinen Umständen weitere Zugeständnisse machen. . . . So viel ist sicher, im Dreiklassenparlament ist für die Bergleute nicht viel zu holen.“

Nach alledem soll man es für selbstverständlich halten, daß der „Bergknappe“ und die „christlichen“ Arbeiterabgeordneten ebenfalls mit aller Schärfe gegen das Dreiklassenwahlrecht, welches der Junker- und Geldjacksclique die Vorherrschaft sichert, Stellung genommen hätten. Aber nichts von alledem geschah! Trotzdem sich die „christlichen“ Arbeiterabgeordneten vor ihrer Wahl alleamt, zum Teil sogar schriftlich, verpflichtet hatten, für das gleiche, geheime, direkte und allgemeine Wahlrecht auch für Preußen einzutreten, haben sie es nicht getan, sondern halfen im Schnapsblock getreulich mit, die Geschäfte der Junker- und Junkergenossen zu besorgen. Und der „Bergknappe“ sagt dazu sein Wort der Kritik, im Gegenteil, in seiner Nummer vom 28. Mai 1910 sucht er dieses Verhalten noch wie folgt zu rechtfertigen:

„Wir verstehen den Schmerz der Genossen. Es wäre für sie auch viel schöner und nützlicher, wenn die christlichen Gewerkschaftsführer eine andere Haltung beobachteten. Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gehören den verschiedenen bürgerlichen Parteien an. In diesen gehen die Ansichten über die Frage der Wahlreform und ihre Lösung noch weit auseinander. Wenn nun die christlichen Gewerkschaftsführer in der Form, wie die Genossen es wünschen, in die Angelegenheit eingreifen, so verderben sie es zum mindesten mit der einen oder anderen, wenn nicht mit allen Parteien und schaffen sie sich für die Gewerkschaftsarbeit neue Schwierigkeiten. Die christlichen Gewerkschaftsführer sind aber nicht so tölpelhaft, um den Genossen einen solchen Gefallen zu erweisen. Das schon wochenlang andauernde Wutgeschrei der sozialdemokratischen Presse ist der beste Beweis, daß die christlichen Gewerkschaftsführer recht handeln.“

Was man von der Entrüstung der Genossen über das ungerechte Wahlrecht zu halten hat, weiß nachgerade jeder. Die Entrüstung ist **komisch**.

Dieses Geständnis des „Bergknappen“ ist wirklich verblüffend. Danach dürfen es also die „christlichen“ Arbeiterabgeordneten bei den Schnapsblockpartei, denen sie angehören, nicht verderben und müssen darum aus Liebe zum Schnapsblock, aus Liebe zu den Junkern und Junkergenossen, die Interessen der Arbeiter mit ihnen treten. Wir nageln dieses köstliche Geständnis fest; im übrigen können wir uns damit begnügen, die mehr als hirnverbrannten Ausfälle des „Bergknappen“ tiefer zu hängen. Solche von blindem Haß diktierten Gehirnerkrankungen hat sich bisher noch kein Scharfmacherorgan geleistet und das will wirklich schon etwas heißen.

Wir haben dem „Bergknappen“ keine revolutionäre Vergangenheit nicht ins Gedächtnis gerufen, weil wir glauben, ihn eines anderen überzeugen zu können; dazu ist uns die Rolle, die er im Zentruminteresse zu spielen hat, zu genau bekannt. Die gemachte Gegenüberstellung soll lediglich dazu dienen, unseren Kameraden ein Urteil zu ermöglichen.

## Kommende Kämpfe im Kohlenyndikat und im Stahlwerksverband.

Obgleich der Vertrag des Kohlenyndikats noch bis 1915 und der des Stahlwerksverbandes noch bis 1912 dauert, werden die kommenden Kämpfe in diesen beiden Produktionsverbänden ihre Schatten schon voraus. Im Kohlenyndikat ist es hauptsächlich der Gegensatz zwischen reinen und „gemischten“ Werken (Hüttenzwecken) — Gruben, die sich mit Eisenerzen versetzen haben — der immer schärfer hervortritt und eine Erneuerung des Syndikatsvertrages außerordentlich erschwert, wenn nicht unmöglich macht.

Bei der Erneuerung des Syndikats im Jahre 1903 hat das Bestreben, die Hüttenzwecke beim Syndikat zu erhalten, bei der Aufstellung des jetzigen Syndikatsvertrages zu großen Zugeständnissen an die Hüttenzwecke geführt. Der Selbstverbrauch der Reinen, unter dem auch der Verbrauch der den Syndikatszwecken gehörenden Stätten entfällt, wurde von der Ueberschussrechnung auf die Beteiligung der einzelnen Werke ausgeschlossen. Diese Bestimmung des Vertrages hat bekanntlich zur Vernachlässigung der reinen Kohlenzwecke gegenüber den Hüttenzwecken geführt, die dadurch von der Gestaltung der allgemeinen Wirtschaftslage weniger berührt wurden, als die ersteren. Jeder wirtschaftliche Auffassung ist ja bei der Wichtigkeit des Verbrauchs von Eisen im Leben der Kulturvölker in erster Linie mit Ueberlegung des Eisengroßgewerbes verbunden, die, soweit die Steigerung der Kohlenförderung in Frage kommt, zuerst die Hüttenzwecke begünstigt, während auch ein Niedergang des wirtschaftlichen Lebens sich für die Hüttenzwecke weniger bemerkbar macht. Der dadurch entstandene Gegensatz zwischen reinen und Hüttenzwecken hat sich, wenn auch in der Zeit des Aufschwunges infolge der Gunst der Marktlage, die allen Mitgliedern des Syndikats vorübergehend volle Ausnutzung ihrer Erzeugungsfähigkeit gestattet, eine gewisse Milderung eintretet, neuerdings wieder verschärft.

So klagt die Bergwerks-A.-G. Sibiria, eine der größten „reinen“ Kohlengesellschaften, die für 1909 eine Beteiligungsziffer von 6 416 500 Tonnen Kohlen, 812 800 Tonnen Koks und 51 450 Tonnen Weisstein beim Syndikat hatte, in ihrem letzten Jahresbericht über die außerordentliche Vernachlässigung der reinen Kohlenzwecke gegenüber den Hütten und dem Syndikat nicht angeschlossenen Werken. Der „Frankfurter Zeitung“ Nr. 73 von 1910 entnehmen wir darüber:

„Der Bericht führt wieder bewegliche Mängel über die ungünstige Lage der reinen Werken gegenüber den Hüttenzwecken und den außer dem Syndikat stehenden, insbesondere den fiskalischen Gruben, die alle Vorteile der syndikatisierten Werken genießen, ohne an den Umlagen teilzunehmen. Im Jahre 1909 konnten die außenstehenden Werken bei vollem Absatz ihre Kohlenförderung um 1 327 082 Tonnen, die Hüttenzwecke ihren Selbstverbrauch, der ihrem Absatz zugute kommt, sogar um 1 801 184 To. oder 15,58 Prozent gegen 1908 steigern, während bei den reinen Syndikatszwecken der auf die Beteiligung anzurechnende Absatz um 1 611 282 To. oder 2,43 Prozent zurückging. Noch ungünstiger lagen die Verhältnisse auf dem Koksmarkt, wo erst die letzten zwei Monate 1909 eine leichte Besserung brachten. Während der Koksabsatz im Syndikat um 738 085 To. oder 7,22 Prozent sank, vermehrte sich der gesamte Verkauf an Koks um 1 774 754 To. oder 13,84 Prozent. Danach berechnet sich die Mehrproduktion der Hüttenzwecke als Selbstverbrauch auf 2 513 790 Tonnen.“

Diese beweglichen Mängel klingen auch wieder aus dem Jahresbericht des Kohlenyndikats für 1909. Es wird da ausgeführt, daß die Feiertage in der Hauptsache auf die reinen Werken entfielen. Wörtlich heißt es dann weiter:

„In dem Maße, wie die Hüttenzwecke sich durch Steigerung des Selbstverbrauchs aus eigener Förderung der Wirkung der Verminderung der Beteiligungsanteile entziehen konnten, mußte diese sich verstärkt bei den reinen Werken geltend machen. So erklärt es sich, daß sich die Verteilung der Gesamtförderung zwischen reinen Werken und Hüttenzwecken in den Jahren 1908 und 1909 wie folgt verhalten hat:

	1908 Tonnen	1909 Tonnen	+ mehr, — weniger Tonnen
Förderung der reinen Werken	80 838 205	57 814 281	— 23 023 924
„ Hüttenzwecken	21 582 332	23 514 162	+ 1 931 830
Gesamtförderung:	81 920 537	80 828 303	— 1 092 144

Ganz besonders machte sich für die reinen Werken der Umstand fühlbar, daß die in den obigen Zahlen enthaltene Kokszerzeugung von den Hüttenzwecken im Jahre 1909 weitestgehend gezeitigt wurde.

Die Förderung der reinen Werken ist also danach um 28,23 Prozent gesunken, die der Hüttenzwecken um 1 931 830 To. gestiegen. Auch die dem Syndikat nicht angeschlossenen Werken haben ihre Förderung ganz erheblich steigern können. Daraus erklärt es sich auch, daß die reinen Werken Feiertage einlegen müssen, während auf den Hüttenzwecken und den dem Syndikat nicht angeschlossenen Werken Uebererhöhten verfahren werden.

Bei der Kokszerzeugung gestaltete sich das Verhältnis im einzelnen wie folgt. Die Gesamtkoksproduktion im Ruhrgebiet betrug:

	1907 Tonnen	1908 Tonnen	1909 Tonnen
	15 873 815	15 053 186	15 035 440

Die einzelnen Werke weichen untereinander in bezug der Zugabe, Abnahme ihrer Erzeugung im Vorjahre gegenüber dem Jahre 1908 ziemlich erhebliche Unterschiede auf. Während bei etwa einem Drittel Werken eine zum Teil ganz bedeutende Steigerung der Erzeugung eingetreten ist, und zwar durchschnittlich um 22,38 Prozent, bleibt bei dem Rest der Werken die Kokszerzeugung hinter der des Jahres 1908 durchschnittlich um 13,63 Prozent zurück. Bei einem Vergleich des Anieles der gemischten und reinen Werken an der Kokszerzeugung der beiden letzten Jahre ergibt sich für die Gesamtheit de-



setzen und der Gültengesehen für das Vorjahr folgender Unterschied der Holzbezeugung in Tonnen:

Table with 3 columns: Gültengesehen (+ 885 010), Reine Bechen (- 402 766), Insgesamt (- 17 746)

Demnach steht einer Steigerung der Erzeugung um 885 010 To. bei den Gültengesehen, auf welche mehr als die Hälfte der Holzbezeugung entfällt, bei den reinen Bechen ein Rückgang der Holzbezeugung um 402 766 To. gegenüber.

Während die Gültengesehen die nachstehenden folgende Steigerung der Holzbezeugung in Tonnen auf:

Deutscher Kaiser (+ 288 814), Deutsch-Luxemburgische Bergwerks-Gesellschaft (+ 185 708), Böhm. (+ 101 788), Krupp (+ 101 784), Quei Hohnungshütte (+ 98 788), Union (+ 87 448), Bochumer Verein (+ 84 407), De. Wendel (+ 20 875), Mühlbacher Eisenbergw., Gr. (20 875), Mühlbacher Eisenbergw., Gr. (20 875), Rheinische Stahlwerke (- 58 476), Königsborn (- 54 050), Stinnes'sche Bechen (- 47 058), Dantel'sche Bechen (- 31 143), Wöhring (- 38 008), Röhrlinger Gültengesehen Verein (- 29 812), Georgs-Marlen-Bergwerks- u. Hüttenverein (- 28 099), Der gesamte Rückgang der Holzbezeugung dieser Werte beträgt 441 828 To. Von dem Rückgang der Holzbezeugung der reinen Werke in der Höhe von 402 766 To. haben die beiden größten bedeutende Ausfälle erlitten. Am stärksten war der Rückgang bei der Harpener Bergbau-V.G., von deren 17 Bechen nur eine einzige, die Beche Julia 52 002 To. mehr erzeugte, als im Vorjahre, während die anderen 16 Bechen Ausfälle aufwiesen.

Für die Harpener Bergbau-V.G. stellte sich insgesamt der Rückgang der Holzbezeugung auf 302 822 To. Bei der Bergwerks-Gesellschaft Sibernia fand Zunahme der Holzbezeugung nur auf General-Blumenthal statt, und zwar um 8876 To., während insgesamt der Rückgang 58 898 To. beträgt.

Während der Rückgang der Holzbezeugung trat ein bei: Konstantin der Große (- 80 126), König Ludwig (- 62 060), Concordia (- 45 684), Boßlingen (- 48 810), Dorfling 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 (- 38 008), Friedrich der Große (- 27 647), Königin Elisabeth (- 28 740), Graf Scherwin (- 25 868), König Wilhelm, II. begm. I (- 23 254 begm. II 1884) usw.

Neben Julia und General-Blumenthal der Harpener u. Sibernia-Gesellschaft weichen von reinen Kohlen-gesehen nur sechs Steigerung der Holzbezeugung auf, sowie die drei Bechen des preussischen Staates. Insbesondere zu beachten ist folgende Steigerung: Günther Lippe (+ 158 778), Auguste Victoria (+ 49 955), Glücksberg (+ 21 121), sowie bei den Bechen des preussischen Staates insgesamt + 198 987 To. Auch daraus erhellt ziemlich deutlich, die ungünstige Lage der reinen Kohlen-gesehen gegenüber den Gültengesehen, so daß das Drängen der letzteren auf Kontingentierung des Selbstverbrauchs bei den Gültengesehen sehr erklärlich ist.

Die Gegenfälle zwischen reinen Kohlen-gesehen und gemischten Werken (Gültengesehen) werden aber immer schärfer und es ist fraglich, ob unter den obwaltenden Umständen das Syndikat nach Ablauf des heftigen Vertrages wieder zustande kommt. Das ist eine Ansicht, die nicht nur wir haben, sondern die auch in den Kreisen der Grubenherren sehr stark vertreten ist. So gab in einer Generenversammlung der Beche Konstantin der Große der Vorherrscher seiner Ueberzeugung insbes. auf die Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats dahin Ausdruck, daß er an dem Weiterbestehen zweifle. Die reinen Bechen würden nur einem solchen Syndikat beitreten können, in dem die Sonderrechte der Gültengesehen schlichen und dem sich auch die jehigen Außenleiter anschließen. Daß die Gültengesehen auf ihre Sonderrechte verzichten, daran ist wohl kaum zu denken. Die meisten großen Hüttenwerke haben jetzt schon ihre Kohlenförderung und Holzbezeugung so erweitert, daß sie ihren eigenen Bedarf decken können. Soweit das aber noch nicht geschehen ist, läßt die noch bevorstehende Zeit bis zum Ablauf des Syndikats genügend Zeit, die eigene Brennmaterialproduktion weit genug auszubauen. Dann können die Hütten auf ein Syndikat verzichten. Sie erparen die Kosten und genießen den Vorteil einer Syndikatspolitik. Wenn nämlich die reinen Werke in irgend einer Form sich zusammenschließen, um die Preise zu halten, dann dient das von ihnen festgelegte Niveau den Gültengesehen selbstverständlich als Grundlage bei der Preisfaktulation für ihre Erzeugnisse. Und entfrent infolge Nichtzustandekommens irgend welcher Preisbindung ein Preisstreik, dann geriet das die Hüttenwerke auch nicht. Als Halbzeugproduzenten und Verkäufer besetzen sie ein Monopol. Sinken die Kohlenpreise, erhöhen die Hüttenwerke ihre Halbzeugpreise um die in Betracht kommende Differenz; die reinen Eisenwerke haben keinen Vorteil von der Preisermäßigung. Den gemischten Betrieben dient alles zum besten.

Aus diesen Verhältnissen heraus erklärt es sich auch, daß, obgleich der bestehende Syndikatsvertrag erst 1915 abläuft, die Grubenherren jetzt schon, am 25. Mai, einen Ausschuß gewählt haben, der den alten Syndikatsvertrag einer eingehenden Prüfung unterziehen und die ersten Vorarbeiten für die Verlängerung des Syndikats in die Wege leiten soll.

Bemerkenswert sind unter diesen Umständen die Ansprachen des Geheimrats Kirchorst und des Generalsekretärs Vued auf dem Festessen, welches der Generalversammlung des Bechenverbandes und des Ver-

eins für die bergbaulichen Interessen folgte. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ berichtet darüber in ihrer Nr. vom 31. Mai u. a.: „Der Hgl. Oberberghauptmann von Dortmund hatte die gemeinamen Interessen der verschiedenen Industrien betont und die Einigkeit gerühmt, welche im westfälischen Bergbau besteht. Gleich darauf sprach Geheimrat Kirchorst an sein Glas und das Wort von der Einigkeit des Ruhrbergbaues aufgreifend, richtete er einen energischen Appell an den preussischen Fiskus als den Besten nicht-hinabgelassener Gruben. Er wies darauf hin, daß die Verhandlungen zur Erneuerung des Kohlen-Syndikats in diesen Tagen ihren Anfang nehmen und daß an den Fiskus wie an andere Bechen die Förderung herantritt, sich dem Syndikat anzuschließen. Es sei keine Kunst, abseits vom Syndikat unter seinem Schutze zu entwickeln. Wenn das neue Syndikat geschlossen werde, müsse kein einziger außerhalb der Organisation Sonderrechte genießen. Die Schwierigkeiten der Erneuerung des Syndikats seien ja groß, aber jeder einzelne müsse sich Klar machen, was es bedeute, ohne Verkaufs-Syndikat die Kohlen zu vertreiben. Dann würden wieder die Zeiten kommen, wo an allen Fabriken ein Schild angeschlagen war: „Den Heisenden in Kohlen und in Schmieröl ist der Zutritt verboten.“ Niemand werde alsdann von dem Kampfe aller gegen alle ausgeschlossen sein und unabsehbarer Schäden würde für ganze Gemeinwesen hereinbrechen. Geheimrat Kirchorst forderte deshalb auch die amfenden Vertreter der Kommunalbehörden ebenso wie den Fiskus auf, nach Kräften an der Erneuerung des Syndikats mitzuwirken.

Später kam noch der 80-jährige Generalsekretär Vued zu Wort und hob die politische Notwendigkeit der Einigung in der Industrie hervor. Er unterstrich jedoch noch den Appell Kirchorst an den Fiskus, indem er sagte, daß er in seinem langen Leben viel Kräfte mitgebracht habe, er erinnere nur an die 70er Jahre, aber was hereinbrechen würde, wenn die großen Montanverbände auseinandergingen, würde alles bisher Dargestellte in den Schatten stellen.

Herr Kirchorst bläst hier eine sehr kräftige Fanfare gegen die fiskalischen und dem Syndikat nicht angehörenden Bechen, die sich dem Syndikat anschließen und nicht dort eintreten sollen, wo sie nicht gesät haben und Herr Vued stellt — was bisher stets als sozialdemokratische Utopie verhöhnt wurde — einen, alles bisher Dargestellte in den Schatten stellenden Zusammenbruch in Aussicht, falls die großen Montanverbände auseinandergehen.

Die Macht und der Einfluß der Herren Kirchorst, Vued et tutti quanti mögen ja weit reichen, aber so weit reichen sie nicht, um die Entwicklung aufzuhalten. Und diese dringt mit Naturnotwendigkeit über die großen Produktionsverbände hinaus zur Vertretung der Großbetriebe, wodurch die kleineren Betriebe selbstverständlich aufgejagen werden. Es ist das das Wesentliche unserer kapitalistischen Produktionsweise, dem sich auch der Wächter nicht entziehen kann.

Ueber die Entwicklung zum Großbetrieb schrieb selbst die „Rhein-Westfälische Zeitung“ in einer schwachen Stunde am 31. Juli 1908: „Der Drang zum Großbetrieb beherrscht von Jahr zu Jahr despotischer die wirtschaftliche Entwicklung. Weinahe läßt sich schon jedes Ereignis von ökonomischer Bedeutung auf dieses inneren-fällige Schlagwort hinleiten; der Drang zum Großbetriebe ist das eminent Wesentliche unserer heutigen Volkswirtschaft. Ein Gebiet des Lebens nach dem anderen wird von ihm erfaßt; und während einige noch mit ihm ringen, haben andere schon die Entwicklung beinahe durchgemacht; im Bankwesen und in der Industrie haben wir den beschleunigten Konzentrationsprozeß.“

Als die Verschmelzung des Förder Vereins mit Wöhring-Nußrott bekannt wurde, schrieb die „Rhein-Westfälische Zeitung“ am 12. September 1908: „Der Weg, den diese Fusion weist, ist unstrittig ameritanisch; Ueber die Verbände zum Ruft. Und bei dem Fortschreiten der Konzentrationsbewegung auf dieser Basis haben die Verbände über kurz oder lang aber ungewißhaft nur noch nominelle Bedeutung. Der gesamte Markt wird dann durch einige mächtige Zentralkonzentrations beherrscht werden. Schon jetzt treten ganz bestimmte Gruppierungen deutlich in den Vordergrund. Die Kräfte und die letzten Ziele dieser Bewegung scheint man sich in industriellen Kreisen noch nicht recht zum Bewußtsein zu führen: Die industrielle Arbeit und der industrielle Fortschritt gerät damit in vollständige Abhängigkeit von dem Großkapital und das ist wirtschaftlich und technisch nicht erfreulich.“

Und weiter schrieb das Blatt bei dieser Gelegenheit in einem solchen Augenblick: „Es werden die Werke nicht mehr nach technischen und gemeinwirtschaftlichen, sondern mehr von finanztechnischen und dividenden-mächtigen Gesichtspunkten aus geleitet, und das ist mit Rücksicht auf die sozialpolitischen Bestrebungen unserer Zeit recht bedauerlich.“

Einer unserer hervorragenden Nationalökonomen, Professor Dr. Adolf Wagner, sagte bei den kontributorischen Verhandlungen über die Kartelle, als zur Verhandlung stand: Eisenkartelle, als Sachverständiger in einem Resümee seiner Rede:

„Ich kann daher mit der Bemerkung schließen: Mir scheint die Entwicklung, wie wir sie neuerdings gehabt haben und wie sie auch im Stahlwerksverband sich in einem sehr wichtigen Beispiel zeigt, denen recht zu geben, die da sagen, diese Entwicklung führt zu einer immer stärkeren Konzentration von Reichum, Vermögen und Ein-

kommen auf der einen Seite, zu immer stärkeren Klassengegensätzen auf der anderen Seite; wesentlich daraus geht das ganze moderne soziale Problem hervor; an dem Punkte kommen wir nicht vorbei.“

Anlässlich der Auflösung des Kohlen-Syndikats im Herbst 1908 besprach die „Rhein-Westfälische Zeitung“ die Ursachen der Syndikalbewegung in der Montanindustrie und kam dabei zu folgendem Schluss: „Gefenkirchen, Wöhring, Krupp, Thyssen, sind die vier über-ragenden Säulen, die sich noch über das Kohlen-Syndikat und den Stahlwerksverband zu erheben scheinen.... Die Auflösung des Kohlen-Syndikats ist symptomatisch für das allmähliche Abbröckeln der schwächeren Gebilde unter den Kartellen und schwerwiegend wirkt es, daß sich jetzt auch ein Kohlen-Syndikat aufgelöst hat. Für die Syndikale bricht eine ernste Zeit an, und man braucht nicht allzu schwarz zu sehen, um zu dem Schluss zu kommen, daß der Glaube an die alleinseligmachenden Syndikale auch in der Industrie in der Abnahme begriffen ist, und daß die neue Zeit nicht mehr fern ist. Sein scheint, in der eine neue Wirtschaftsform an ihre Stelle tritt. Die vier Grundpfeiler dazu sind schon aufgetürmt.“

Durch diese Artikel wird das, was wir gesagt, voll auf bestätigt. Und wir begreifen auch, gleich dem Vorstehenden der Generalversammlung von Konstantin, daß eine Erneuerung des Syndikatsvertrages unter den bestehenden Verhältnissen zutande kommen wird.

Der Stahlwerksverband steht vor der gleichen Krise, wie das Kohlen-Syndikat. Beim Stahlwerksverband ist es das Streben nach Vertretung bei einzelnen Hüttenwerkstätten, denen der Verband hinderlich wird. An der Spitze der über das Syndikat hinausströmenden Gesellschaften steht die Gefenkirchener Bergwerks-Gesellschaft. 1000 erhöhte sie ihr Aktienkapital um 20 Millionen auf 136 Millionen Mark. Durch die Anleihen wurde der Schalker Gruben- und Hüttenvereins und des Harpener Hüttenvereins Rote Erde entstand Groß-Gefenkirchen. Jetzt werden die Anlagen von Gefenkirchen weiter vergrößert: ein Stahl- und Eisenwerk entsteht in Luxemburg. Die Erzeugungs-menge wird auf 400-500 000 Tonnen Roheisen pro Jahr geschätzt. Die Gesamtproduktion des Stahlwerksverbandes beträgt rund 12,2 Millionen Tonnen; Gefenkirchen erhöht durch den Neubau seine Zukunftsansprüche beim Verband um rund 100 Proz. Im Kohlen-Syndikat lautet seine Beteiligungsquote heute auf 8,7 Millionen Tonnen Kohle und 1,7 Millionen Tonnen Koks. Und die Gruben wachsen immer weiter; hinter ihnen stehen die Banken. So werden die großen Produktions-verbände zertrümmert und aus ihnen steigen Gesellschaftstruste.

### Bergarbeiterverhältnisse im Bereiche der Knappschaftskrankenkasse Niederrhens in Hessen.

Im Grobherzogtum Hessen ist der Bergbau noch nicht sehr alt. Vetter dagegen aber scheint das dortige Berggeschäft zu sein. Man findet dieserhalb auch Mängel überall im Geseh. Diese Mängel übertragen sich auch auf die Statuten der Knappschaftskassen und Arbeitsordnungen. Jedes Werk fast bildet für sich eine besondere Knappschaftskrankenkasse. Auch gibt es eine Reihe besonderer Knappschaftsvereine, welche außerhalb des allgemeinen Knappschaftsvereins Hessen stehen. Die Beschreibung ist also eine außerordentlich große.

Vor kurzem schilderten wir die Verhältnisse im Knappschaftsverein des Giechener Braunsteinbergwerks. Die „Wohlfahrt“, wie es im Statut heißt, die dieser Verein seinen Mitgliedern im Falle der Krankheit und Invalidität gewährt, werden geradezu in den, den sie erhält, zur Plage. Noch schlimmer ist aber das Verhältnis im Allgemeinen Knappschaftsverein Hessen. Hier unterscheiden man Ganz- und Halbinvaliden. Halbinvaliden werden wohl solche Vergleute sein, die noch nicht Reichsinvaliden werden können. Ein Ganzinvalid erhält nach 25-jähriger Beitragsleistung in der Arbeiter-Kasse die riesige Summe von 16 Mark Invalidenpension pro Monat. Ein Halbinvalid erhält die Hälfte, also 8 Mark pro Monat. Desgleichen erhält auch eine Witwe 8 Mark pro Monat, wenn ihr Mann 25 Jahre Mitglied des Knappschaftsvereins war. Nach 45-jähriger Mitgliedschaft und darüber steigt die Invalidenpension für die Arbeiter auf 26 Mark pro Monat. Bei Halbinvaliden und Witwen vermindert sich dies auf 13 Mark. Der Beitrag zur Pensionkasse beträgt für die Beamten 75 Pfg. und für die Arbeiter 50 Pfg. pro Monat. Der Vorstand darf nach Bedürfnis die Beiträge erhöhen. Die Mitglieder müssen eine Aufnahmegebühr von 3 Mk. beim Eintritt in die Pensionkasse zahlen, weiter 30 Pfg. für die Ausgabe eines Statutenbuchs. Die Werkbesitzer zahlen von der Gesamteinnahme der Mitgliederbeiträge die Hälfte. Unter diesen Umständen kann selbstverständlich nichts für die Mitglieder geleistet werden.

Die Verwaltung des Vereins wird von einem Vorstand von sechs Personen, zur Hälfte aus Werkbesitzern und zur anderen Hälfte aus Knappschaftsarbeitern gebildet. An der Verwaltung nehmen also die Werkherren in gleichem Maße teil wie die Arbeiter. Die Werkbesitzer vertreten beherrschen jedoch den Verein. Die Knappschaftsarbeitern kommen ratlos und ohne Vorbereitung in die Sitzung. Die Werkbesitzer sind vorbereitet, wissen was sie wollen, machen dann ihre Vorschläge und die Arbeiter stimmen zu. Ja, die Arbeiter kennen einander gar nicht.

Grübe schwer geschädigt erscheint, so wird deswegen der Bergbau des Harzes auf andere Metalle dennoch weiter blühen, führt der Oberberg, doch noch eine Anzahl weiterer wertvoller Mineralien, die sich jedoch an anderen Orten finden; insbesondere werden dort Blei- und Kupfererze gewonnen. So wird es dann, wenn in dem nun beginnenden Frühjahr und Sommer der Besuch des Harzes wieder zunimmt, dort immer noch interessantes genug zu sehen geben, obgleich das interessanteste und wegen seiner großen Tiefe sowie wegen des edlen daraus geförderter Metalles berühmteste Bergwerk, der Samsonschacht zu St. Andreasberg, zu existieren aufgehört hat!

### Vorausichtige Erschöpfungszeit der wichtigsten Steinkohlenbezirke in Europa.

In der Berg- und Hüttenmännischen Zeitschrift „Glückauf“ ist ein Aufsatz „Die bekanteten Steinkohlenlager der Erde und der Zeitpunkt ihrer vorausichtigen Erschöpfungszeit“ von Professor Dr. Fritz Hirsch im Druck erschienen, der nachstehende anschauliche Uebersicht über die vorausichtige Erschöpfungszeit der wichtigsten Steinkohlenbezirke in Europa enthält.

- 1. Die geringste Gesamtmächtigkeit der Schichten und die geringste Zahl der Flöze besitzen die Kohlenreviere von Zentralamerika (100 Jahre), Zentralasien und des Königreichs Sackin; im Walden-burg-Schalker Revier und vielleicht in den nordwestlichen Mexikan (Durham, Northumberland) ist die Produktionsdauer etwas größer zu veranschlagen. (Vorausichtige Förderungszeit 100-200 Jahre).
- 2. Wesentlich größer ist die Zahl der Flöze und die Mächtigkeit der gesamten Schichten in den übrigen europäischen Kohlenfeldern (250 bis 350 Jahre), Nordamerika (350-400 Jahre), Sackin (300 bis 400 Jahre) und Nordamerika (200 Jahre?). (Vorausichtige Förderungszeit 200-500 Jahre).
- 3. Noch günstiger liegen die Verhältnisse für Belgien (rund 500 Jahre), für das badische Becken und das damit zusammenhängende oberdeutsche-weißfälische Kohlenbecken (mehr als 800 Jahre), sowie für die österreichischen Teile an dem obersteirischen Revier. (Vorausichtige Förderungszeit 800-1000 Jahre).
- 4. Die größte Schichtmächtigkeit (rund 5000 Meter) und Flözemächtigkeit besitzt das Steinkohlengebiet in Preussisch-Ober-Schlesien. (Vorausichtige Förderungszeit mehr als 1000 Jahre).

Da für das verhältnismäßig ärmte ein Mindestwert von 100, für das zukunftsreichste Gebiet ein Grenzwert von über 1000 Jahre fest-gesetzt werden konnte, so ergibt sich von selbst, daß die Lebens-dauer der zahlreichen zwischen diesen Grenzen liegenden Gebiete 200 bis 800 Jahre beträgt; die absolute Zeitbestimmung der Erschöpfungszeit bedingt sich von der Möglichkeit ab, aus der vorliegenden Statistik eine bestimmte Voraussage der Produktionsentwicklung abzuleiten. Deutschland ist, wie die auf eingehenden Untersuchungen beruhenden Schätzungen zeigen, in bezug auf den Kohlenvorrat das reichste Land Europas und wird in der Menge des vorhandenen Brennstoffes nur von Nordamerika und Nordchina übertriffen; in England ist lediglich die zeitliche Produktionsdauer höher und bedingt eine rascheren Erschöpfung der Kohlenlager. Auch Amerika geht offenbar einer schnelleren Erschöpfung seiner ungleich gewaltigen Vorräte entgegen.

### Das Ende des Harzer Silberlegens.

#### Letzte Schicht in St. Andreasberg.

Durch eine Verfügung des Handelsministeriums ist die alte Grube Samson zu St. Andreasberg im Harz nunmehr für alle Zeiten geschlossen worden, in diesen Tagen wurde dort die letzte Schicht gefahren. Nachdem schon vorher andere Gruben das gleiche Schicksal getroffen hat, endet damit für immer der Silberbergbau des Harzes, der Jahrhunderte lang einen großen Teil des für unsere Münzen und für unsere Schmuck gebrauchten Silbers lieferte. Es wird damit eine Industrie zu Grabe getragen, die sich nicht nur selbst durch ihre Eigenarten auszeichnete, sondern die auch der ganzen Gegend ein charakteristisches Gepräge gab und jene Typen von Vergleuten, von Wohnstätten sowie gewisse Gebräuche schuf, denen man im Harz nun nimmermehr begegnen wird. Die etwa 80 Vergleute, die bisher noch auf der Grube Samson das wertvolle Metall zutage schafften, werden entweder in den Hüttenarbeiten treiben und als Männer ihren Kindes-kindern von den Zeiten erzählen, da sie aus den Tiefen der Erde lösbare Schätze förderten.

Sic transit gloria mundi! Einst rühmte sich ein Fürst des Harzes, daß der Boden, über den die Hufe seines Pferdes hinwegtraten, in der Tiefe aus feinstem Silber bestehe, und heute gehört die Gewinnung dieses Silbers bereits der Geschichte an! Wann der insbesondere im 16. Jahrhundert sprichwörtlich gewordene Silberreichtum des Harzes entbedt wurde, hat die Forschung niemals genau feststellen vermocht. Sider ist das eine, daß die ersten Vergleute im Jahre 1520 aus Zoschenschal in St. Andreasberg einwanderten und systematisch an die Ausbeutung der dortigen Vorkommen herangingen. Damit begann das allmähliche Verlöschen dieses Erzberges, das mit seinen Teil in die Höhe steigenden Stützen, mit seinen kleinen Häusern, seiner Berginspektoren und seinem Hüttenwerk mit seinen Stiegen, Knappen und sonstigen Vergleuten den Typ eines Harzer Bergwerks darstellte; wie wir sie uns in der Phantasie als für die Bezirke des Erzberges charakteristisch auszumalen pflegen. Es hat, aus seine Schwermüdigkeiten und zu diesen zählt in erster Linie der jetzt geschlossene Schacht Samson, der in geradezu greifbarer Tiefen hinunterführt, liegt doch seine Sohle nicht weniger als 190 Meter unter dem Spiegel der Oberfläche. Und noch eine weitere Schwermüdigkeit technischer Art ist mit dem Schacht St. Andreasberg verbunden! Dort fließt die Ober, aber nicht jene Ober, die bei Sicillin mündet, sondern ein am Boden entspringendes munteres Flüsschen, das das Wasser für den Betrieb der Silbergruben lieferte. Um nun die nötige Wassermenge stets zur Verfügung zu haben, mußte man bereits in den Jahren 1713 bis 1722 zur Anlage eines eigenartigen technischen Hilfsmittels schreiten. Damals wurde der über 7 Kilometer lange „Lehrberger Graben“ gebaut, der das Wasser der Ober aus dem über einen Kilometer langen Ober-teich nach den Hüttenwerken bei St. Andreasberg führt. Jetzt ist dieser Kanal selbst noch einer Anzahl weiterer Einrichtungen über-ständig geworden und es ist zu wünschen, daß das interessante Städtchen in anderer Weise Entschädigung für die Verluste finden möge, die ihm durch das Aufhören des Bergbaues erwachsen. Man züchtet dort schon seit geraumer Zeit die berühmten Kanarienvögel, die sogenannten „Harzer Schläger“ und wird sich in Zukunft wohl noch mehr als bisher auf diesen Erwerbsszweig werfen. Außerdem wird des Städtchen wegen seiner hübschen Lage und wegen der dortigen Ge-legenheit als Kurort aufgesucht, so daß vielleicht mit der Zeit ein immer regeres Leben aus der Ruinen des Samsonschachtes erblühen wird!

Eine derartige Blütezeit, wie sie in der Mitte des 16. Jahrhun-derts herrschte, wird aber wohl kaum jemals wiederkommen! Damals begann man einen wahren Raubbau auf Silber, man suchte der Erde so viel von dem edlen Metall zu entreißen, wie nur möglich und so entstanden innerhalb zweier Jahrzehnte nicht weniger als 116 Gruben. Es war eine Art jenes Fiebers, das man später das „kalifornische“ nannte, und wie in Kalifornien, so endete auch hier die Sache: die vorhandenen Schätze waren halb abgebaut, die immer neu zufließen-den Vergleute fanden keine Arbeit mehr, es zeigte sich, daß man die Ergiebigkeit der Gruben überschätzt hatte, — kurzum, es folgte eine gewaltige Ernüchterung! Im Jahre 1577 waren von den 116 Gruben nur noch 39 im Betrieb und auch diese wurden während der Wirren des dreißigjährigen Krieges bis auf zwei geschlossen. Nach dem Kriege begann man vernünftiger zu wirtschaften. Trotzdem hat sich der Silberbergbau des Oberharzes bei St. Andreasberg schon seit einer ganzen Reihe von Jahren nicht mehr zentriert. Die Grube Samson wurde gewissermaßen aus Pecht nach im Betrieb gelassen, als sie aber immer mehr Zuschüsse erforderte, da wurde die endgültige Schließung verfügt, die nunmehr erfolgt ist.

Das Silber fand sich in St. Andreasberg zum Teil als gediegenes Silber. Auf den Gesteinen saßen kleine Krönchen und Drähte, garie Gebilde, die zum Teil wie Filigran oder wie Moosflechten ausstehen, von denen sie sich jedoch dadurch vorteilhaft unterscheiden, daß sie eben aus edlem Silber bestanden. Freude erfüllte den Bergmann, wenn er, im tiefen Schacht arbeitend, an Stellen kam, wo sich diese wunder-baren Verzästelungen des gediegenen Metalls zeigten, die oft so groß waren, daß sie an Farnen oder winzige Tannenbäumchen erinnerten. Außerdem fanden sich aber bei St. Andreasberg noch andere erren-liche Formen des gediegenen Metalls. Eines schönen Tages schlug ein Bergmann einen Gang an, der mit kleinen Hohlräumen ausgefüllt war, und jeder dieser Hohlräume war wiederum mit Silberglanz erfüllt. G. Groddeck hat dieses in bezug auf das Vorkommen des Silbers wohl einzig dastehende Ereignis seinerzeit ausführlich beschrieben.

Neben dem gediegenen Silber fand man im Oberharz aber auch noch alle möglichen Silbererze, aus denen sich das Metall selbst gewinnen läßt. Oft genug sieht diese Gewinnung auf Schwierigkeiten der verschiedensten Art, deren Überwindung den Technikern so manches Kopfzerbrechen verursachte. Insbesondere war es der jetzt geschlossene Samsonschacht, der den Ingenieuren gar oft einiges zu raten aufgab. Er ist einer der tiefsten Schächte Europas, führt er doch volle 830 Meter unter die Erdoberfläche hinab, und da, wie oben erwähnt, seine Sohle noch fast 200 Meter unterhalb des Meerespiegels liegt, so ist es natür-lich, daß sich an diesem tiefsten Punkte alle Gewässer sammeln, die unter der Erde dahinfließen. So und so oft „verloren“ der Schacht, so daß man mit dem Betrieb aufhöhen und für Sicherung gegen Wassereinträge und Enttarnung des angesammelten Wassers sorgen mußte. Man legte bereits im 18. Jahrhundert verschiedene neue Stollen an, um dem Leichtsinn abzuwehren, und einer der Oberharzer Stollen, der im Jahre 1851—1864 fertiggestellt wurde, hat eine Länge von nicht weniger als 23 Kilometern. In ihm kann man sogar mit Köhnen fahren. Wenn auch der auf die Gewinnung von Silber gerichtete Bergbau des Oberharzes nunmehr sein Ende gefunden hat, und wenn insbeson-dere das Städtchen St. Andreasberg durch die Zufriedenheit der letzten



Aber auch der Humor kommt in dem Statut zur Geltung. In § 15 Abs. 2 wird gesagt, daß derjenige von dem Beiträge befreit ist, der bei der Arbeit zu Tode kommt. Es heißt dann weiter, daß in diesem Falle nicht nur die laufenden, sondern auch die rückständigen Beiträge erlassen werden. Wirklich eine sonderbar anmutende Bestimmung!

Weser wie mit den Pensionen, steht es auch nicht mit dem Krankengeld. Jedes Werk bildet fast durchweg, wie schon angeführt, eine besondere Krankenkasse. Das Krankengeld wird vielfach nach einem besonderen Normallohn, welcher vom Krankentafelverordnungs festgesetzt wird, berechnet. Der Normallohn steht unter dem wirklich verdienten Lohn. So ist der Normallohn bei der Knappschaftskrankenkasse des Essener Braunkohlenbergwerks Louise in Nieder-Dhmen vollst. festgesetzt:

1. Für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren 1 Mt.
  2. Erwachsene männliche Arbeiter mit einem durchschnittlichen Tageslohn bis zu 1,50 Mt., Normaltageslohn 1,60 Mt.
  3. Erwachsene männliche Arbeiter mit einem durchschnittlichen Tageslohn von über 1,50 Mt., Normaltageslohn 2,20 Mt.
- Von diesen Normallöhnen werden 50 Prozent als Krankengeld gezahlt. Das höchste Krankengeld beträgt demnach 1,10 Mark pro Tag. Wie mit einem solchen Krankengeld ein Familienunternehmer auskommen soll, steht nicht im Statut. Uns ist es aber ein Rätsel. Die Höhe des Beitrages ist nicht angegeben. Geldstrafen, welche über die Mitglieder verhängt werden, werden der Krankenkasse zugewiesen. Auch werden freiwillige Geschenke angenommen.

Wie es in der Knappschaftskasse aussieht, so auch im Arbeitsverhältnis. Die Verhältnisse, die auf dem Werk herrschen, hatten die Arbeiter beantragt, nach der Organisation zu rufen. Es fand dieserhalb am 20. Februar in Nieder-Dhmen eine Bergarbeiterversammlung statt, in welcher Kamerad Köhler aus Bochum referierte. In der Versammlung war auch der Herr Obersteiger Schiffer, der Buchhalter des Werkes und ein Aufseher erschienen. Es wurde diesen Herren dort gesagt, daß, wenn sie gekommen wären, um zu spionieren, sie sich schämen sollten. Die Arbeiter vermuteten, daß sie zum Spionieren gekommen seien. Es wurde ihnen ins Gewissen geredet u. sie verließen den Saal, um nicht, wie sie erklärten, die Vermutung, die ausgesprochen wurde, zu bestätigen. Der Herr Buchhalter erklärte sogar, daß er der Versammlung guten Erfolg wünsche. Die Versammlung hatte auch guten Erfolg, denn es traten 80 Mann dem Verband bei. Uns dann einige Tage später ein Artikel in der „Oberhessischen Volkszeitung“ erschienen, geriet die Herren ganz aus dem Häuschen. Sie versuchten zunächst, die Arbeiter aneinander zu hegen. In dem angeführten Artikel war auch auf den niedrigen Lohn hingewiesen worden. Diesen Moment benutzte die Verwaltung. Sie wollte den Arbeitern beweisen, daß sie gefaulenzt hätten. Das machte sie wie folgt: Diejenigen, welche am Abend waren, d. h., das Erz von der darauf lagernden Erdmasse befreiten, wurden an die Erzegebinde gestellt, und die Erzgrauer an das Abdecken. Nun sagte man den Erzgrauern, sie sollen beweisen, daß die Abdecker gefaulenzt und die Abdecker sollten beweisen, daß die Erzgrauer gefaulenzt hätten. Es wurde nun darauf losgewühlt, aber der Beweis, daß gefaulenzt worden war, konnte nicht erbracht werden, weil bisher das Menschenmöglichste getan worden war. Am 1. April kamen deshalb die Arbeiter wieder in ihr altes Arbeitsverhältnis. Die Leute wurden weiter zum Austritt aus dem Verbande aufgefordert von der Verwaltung. Der Obersteiger Schiffer erklärte: „Ich will hier Ruhe haben vor den Zeitungen.“ Weiter meinte er: „Ich will lieber hier in Nieder-Dhmen Schweinefleisch sein, wie im Westfälischen Deantler!“ Wie dieser Herr seine Kollegen und deren Stellung in Westfalen einschätzt. Seine Kollegen in Westfalen werden allerdings nicht mit ihm tauschen wollen. Diese fühlen sich zum Teil sehr wohl bei dem Umgang mit organisierten Arbeitern. Wahrscheinlich hat der Haß gegen die Organisation bei dem Herrn Obersteiger auch schon seine Wirkung getan. Mag er sich beruhigen und für bessere Verhältnisse sorgen. In dem angeführten Artikel der „Oberhessischen Volksztg.“ war über die Lohnverhältnisse ausgeführt:

„Die Abdecker (Abheber), welche das Erz von dem auf ihm Lagernden Erdboden befreien, stehen im Akkordlohn. Ebenfalls stehen die Förderer (Hauer und Behrhauser), welche bei der Gewinnung des Erzes tätig sind, im Akkord. Wir müssen aber gestehen, ein solches System von Berechnung des Akkordes haben wir noch nicht kennen gelernt. Für den Kubikmeter Abdecken sollen 50 Pfg. gezahlt werden. Dabei muß diese Erdmasse mit einer Schichtstärke 200 bis 300 Meter weit gefahren werden. Wenn nun 1000 Kubikmeter Erdmassen fortgeschafft sind, müßten die daran beteiligten Leute — nach Adam Riese — 500 Mark verdienen haben. Diese Summe verteilt durch die Anzahl der daran beteiligten Leute müßte den Lohn für jeden einzelnen ergeben. Es ist also eine ganz leichte Berechnung, den Lohn festzustellen. Soviel rechnerische Fähigkeit ist auch den Leuten zuzutrauen, um das ausrechnen zu können. Aber weit gefehlt. Es weiß niemand, was er verdient hat. Die Leute, die am Abdecken beschäftigt sind, erhalten 2,60 bis 2,80 Mark pro Tag, je nach Umständen, und wie uns scheint, nach Raunen der Beamten. Genau so verhält es sich bei den Förderern. Diese erhalten für den Wagen Erz, 1/2 Kubikmeter enthaltend, 22, 23 und 24 Pfg. Es sind da immer zwei Mann zusammen beschäftigt. Dieser Lohn wäre nach dem vereinbarten Akkord — richtiger ist, aufgezogenener Akkord, denn die Arbeiter werden nicht gefragt, ob sie damit zufrieden sind oder nicht — noch leichter zu berechnen. Aber auch hier weiß kein Mensch, was verdient ist. Es werden ausgezahlt 3 Mt. bis 3,20 Mt. Daß das über den verdienten Akkordlohn hinausgeht, müssen wir bezweifeln. Wir nehmen wohl folgerichtig an, daß der verdienten Lohn höher ist, aber an die Leute nicht ausgezahlt wird. Wir erlauben uns daher die Anfrage: „Wird mehr verdient, wie ausgezahlt wird?“ Wenn ja, wer erhält das den Arbeitern vorenthaltene Verdienst?“

Diese Reizen hatten es der Verwaltung angetan. Fuchsteufelswib über die Unbotmäßigkeit der Arbeiter, gab man sich ans Müßigen. So wurde einigen Leuten gekündigt, die schon längere Jahre bei dem Werk gearbeitet hatten. Mit ihrer Arbeitsleistung und mit ihrer Arbeit war man zufrieden, aber die Organisation hatte es den Herren angetan, die wollte man vernichten.

Die jugendlichen Arbeiter dürfen, wie gefehlt festgelegt ist, nicht länger wie 10 Stunden täglich beschäftigt werden. Wenn auf dem Werk aber Ueberstunden verfahren werden, dann müssen die jugendlichen Arbeiter auch länger arbeiten. Wird hierzu die Genehmigung nachgefragt? Wir bezweifeln es und machen deshalb die Bergbehörde darauf aufmerksam. Die Arbeiter erhalten zu Weihnachten ein Geschenk von 50 Pfg., 1,00 Mt. ufm., je nach Dauer der Beschäftigung und wie es scheint, Gunst der Werksverwaltung.

Die Organisation haben die Herren zu ihrem Leidwesen trotz aller Mühe bisher nicht vernichten können. Am meisten hat der Wirt, der uns seinen Saal zur Verfügung stellte, herhalten müssen. Man hat ihm gesagt, daß man nach Gießen schreiben wolle, damit ihm die Kontrollverammlungen entzogen, der Militärbehörde über sein Lokal verhängt würde und dergleichen mehr. In demselben Saale haben schon oft Volksversammlungen, einberufen von der sozialdemokratischen Partei, stattgefunden, ohne daß sich jemand daran gekört hat. Der Wirt hat daher die Meinung bekommen, daß die Bochumer Sozialdemokraten viel schlimmer sein müßten, wie die Gießener. Gehört es denn auch zu den Aufgaben des Herrn Direktors, Wirte einzuschüchtern? Wir sind der Meinung, daß er genug zu tun hätte, bessere Verhältnisse auf dem ihm unterstellten Werke zu schaffen und halten kein Bedenken, daß er nicht nur für sehr überflüssig, sondern auch unbetriebl.

### Volkswirtschaftliche Rundschau.

#### Ueber die Wirkungen der Reichsfinanzreform

auf das Brauergewerbe und damit in Verbindung stehende Gewerbe, sowie auf die Tabakindustrie im Herzogtum Sachsen-Altenburg macht der dieser Tage erscheinende Jahresbericht der Handelskammer für Sachsen-Altenburg für das Jahr 1909 einige interessante Angaben. Nach diesem Bericht ist die Brauindustrie während eines großen Teiles des Jahres

„durch die Finanzreform des Reiches bedrückt gewesen und darunter haben alle diejenigen Betriebe wesentlich zu leiden gehabt, deren Absatzverhältnisse von dem Geschäftsgang der Brauereien beeinflusst werden.“

Die Brauereien haben ohne Ausnahme über verminderten Konsum und erschweren Absatz. Die Gründe liegen zum Teil in der Antikontingentsbewegung, zum größeren Teil aber in der durch die Brauereireform notwendig gewordenen Erhöhung der Bierpreise. Die Brauindustrie liegt ebenfalls über die Bedrückung der Brauindustrie durch die Reichsfinanzreform und das gleiche tut die Zuckerindustrie.

Sie alle schreiben den schlechten Geschäftsgang allein der erhöhten Biersteuer zu, wodurch der Absatz in den Brauereien teilweise ganz enorm beeinträchtigt wurde.“ Am schlimmsten erging es aber der Zigaretten- und Tabakindustrie:

„Seit Mitte August ist eine vollständige Stodung im Absatz eingetreten, die eine allgemeine Einschränkung der Arbeitszeit, sowie Arbeiterentlassungen zur Folge hatte.“

Das Urteil über die Wirkung der Reichsfinanzreform auf die Verhältnisse in der Tabakindustrie ist in folgenden Sätzen zusammengefaßt:

„Ein halbes Jahr ist seit der Aenderung der Tabaksteuer vergangen und es ist nicht mehr zu verkennen, daß diese den unheilvollsten Einfluß auf die ganze Fabrikation ausgeübt hat. Eine vollständige Umwälzung der Fabrikation und des Absatzes hat stattgefunden; noch ist keine Aussicht, daß die Verhältnisse sich bald wieder bessern werden.“

Der Schnapsbrot hat wahrlich alle Ursache, auf sein Nachwerk stolz zu sein. Und seine Vertreter wagen es noch, sich in Wahlkreisen wie Landeshut als Freunde des armen Mannes aufzuspielen.

### Dividenden der Versicherungsgesellschaften.

Seeben veröffentlicht mehrere rheinische Versicherungsgesellschaften ihre Geschäftsberichte bzw. Dividendenübersichten und Vorschläge. Die Rheinische Unfallversicherungsgesellschaft verteilte pro 1909 nicht weniger als 64 Prozent Dividende gegen 58 Prozent im Vorjahre. Der Reingewinn betrug 1.650.384 Mark. 131.350 Mark davon sollen als Gewinnanteil der Generaldirektor und die Ausschichtsratsmitglieder erhalten. Zur Dividendenabgabe benötigt man 800.000 Mark. 40 Prozent Dividende zahlt die „Rhenania“, Versicherungsgesellschaft in Köln. Der Reingewinn betrug hier 608.402 Mark; davon werden 240.000 Mark zur Dividendenabgabe verwendet. Die Aktionäre der Düsseldorf Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft für See-, Fluß- und Landtransport in Düsseldorf bleiben dividendenlos. Die Tochtergesellschaft „Internationale Transport-Versicherungsgesellschaft“ schüttelt 4 Prozent Dividende aus.

### Liebesgaben.

Nach den amtlichen Ausweisen hat sich die Ein- und Ausfuhr Deutschlands an Brotgetreide in der Periode vom 1. August bis 20. Mai der letzten drei Jahre wie folgt entwickelt:

Einfuhr	Ausfuhr	in Tonnen	
		Einfuhr	Ausfuhr
1907/08	Weizen . . . . . 1 016 088	177 198	1 788 892
	Roggen . . . . . 882 850	218 071	1 688 870
1908/09	Weizen . . . . . 1 560 008	368 642	1 192 864
	Roggen . . . . . 1 697 997	787 800	612 812
1909/10	Weizen . . . . . 2 005 751	319 028	1 775 823
	Roggen . . . . . 261 640	591 267	380 627

Der Ausfuhrüberschuß bei Roggen ist in diesem Jahre allerdings geringer als im Vorjahre, aber zieht man das Jahr 1907/08 in Betracht, das noch einen Einfuhrüberschuß von 161.378 Tonnen aufwies, dann stellt sich für die letzte Periode das Ueberschussmehr noch auf 503.006 Tonnen. Da die Exporteure pro Tonne Ausfuhr 50 Mt. einbringen, ergibt sich als Liebesgabe für noch nicht ganz 1/2 Jahr das netto Einkommen von rund 25 Millionen Mark. Diese Ertragsabgabe des Volkes an die Liebesgabennutzer gehört auch zu den „gott-gewollten Abhängigkeiten“, die so lange dauern, als das Volk es sich gefallen läßt.

### Steigerung der Arbeitsproduktivität.

In der neuesten Nummer der Schmollerschen Jahrbücher versucht Prof. Waldb die Steigerung der Arbeitsproduktivität in verschiedenen Arbeitsphasen festzustellen. Die Angaben, die er anführt, sind vielfach interessant. Sie erledigen die Fragen der Unternehmer über die erhöhte Arbeitslöhne. Die alltägliche Vorstellung bringt häufig die Teuerung in Verbindung mit dem Streiks, mit den eifrigsten Lohn-erhöhungen. In der Tat hat die Arbeitsproduktivität die Lohn-erhöhungen weit überholt. Die Arbeit schafft immer größere Produktmengen, von denen auf den Arbeiter ein immer geringerer Teil entfällt.

Am nur einige Beispiele herauszugreifen, wollen wir auf die Produktion von Eisen und Kohle hinweisen, die seit 1860 in gewaltigem Maße gestiegen ist. So wurde hergestellt (Hoheisen pro Arbeiter):

Jahre	Tonnen
1860	62,3
1872—1873	100,0
1901—1902	254,0
1906	295,0

Die Arbeitsproduktivität ist also um das Vierfache gestiegen. Sehr bedeutend ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität im Bergbau. Pro Arbeiter wurde gewonnen in Tonnen:

Jahre	Steinohle	Braunohle	Eisenerz
1860	149	232	78
1874—1876	192	407	192
1886—1889	285	504	294
1900—1902	240	768	432
1907	262	942	554

Seit 1860 ist die Produktivität der Arbeit im Steinkohlenbergbau um 75 Prozent, im Braunkohlenbergbau — um das Vierfache, in den Eisengruben gar um das Siebenfache gestiegen. Es sei dabei bemerkt, daß in Deutschland infolge der billigen Arbeitslöhne die Schraummachine im Bergbau fast keine Anwendung findet, obgleich sie die Leistungen um 10 Prozent reduziert.

Wenn ist diese Steigerung der Arbeitsproduktivität zugute gekommen? Die Löhne sind bei weitem nicht so gestiegen; auch die Warenpreise sind seitdem nur gering zurückgegangen. Allerdings muß in Betracht gezogen werden, daß die Herstellung der Maschinen viel Arbeit erfordert, die im Bergbau angewendet werden. Dennoch ist die Arbeitsproduktivität heute bedeutend größer als vor 50 Jahren. Es erhellt also, daß der größte Nutzen von der Steigerung der Kultur der Kapitalistenklasse zufließt. Allerdings der Gesamtkapitalistenklasse. Einzelne, sogar ganze Gruppen mügen dabei nicht sehr gut abgeschnitten haben; andere dagegen haben besonderen Vorteil.

### Ein Wegweiser für Zentrums-Journalisten.

Aus einem Buch des Jesuitenprovinzials Chiandano: „Der katholische Journalismus“ gibt die „Tägliche Rundschau“ einige interessante Stellen wieder. Das Buch will die „Normen der katholischen Zeitung“ formulieren; es wurde dem Papste im Manuskript unterbreitet und fand am 30. Dezember 1909 seine „volle Billigung“. Die „Tägliche Rundschau“ ferner die folgenden hübschen Proben:

Gute Eigenschaften eines bösen Schriftstellers dürfe man zwar nicht ableugnen, aber man dürfe sie totschweigen, denn diese Ungläubigen hätten kein Recht darauf, daß man ihre guten Seiten lobe. (S. 32.)

Statt einzelne Teile oder Seiten zu loben, sollte man lieber ein Gesamturteil abgeben, das bei einem bösen Schriftsteller einer Verurteilung gleichkommen müsse. (S. 33, 34.)

Oder man betone nur die schlechten Seiten, damit niemand ihn zu lesen wage. (S. 35.)

Es komme aber hauptsächlich darauf an, solchen Autoren keine Ehre und Ansehen bei den Lesern zu verschaffen. (S. 36.)

Sektierer könne man immer angreifen. (S. 84.)

Man nehme keine allzu große Rücksicht auf den Gegner, heutzutage jüdische man eher durch allzu große Lauheit und Kleinmütigkeit. (S. 87.)

Den Irrenden solle man zwar vom Irrtum unterscheiden, aber man könne unmöglich den Irrtum gut bekämpfen, ohne daß dessen Bosheit, Lächerlichkeit, Diskreditierung auf den Irrenden mitfällt. Das sei seine Schuld. (S. 91.)

Gegenüber arroganten Gegnern der Kirche geht keine Beschimpfung (vituperio) über das erlaubte Maß hinaus, wenn sie nur ihrem Zweck entspricht. (S. 92.)

Der heilige Franz von Sales sagt: Die offenen Feinde Gottes muß man verschreiben (diffamare), so viel man kann. (S. 92.)

Für die Presse einer Partei, die angeblich für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpft, sind diese Anleitungen zur Lüge und Beschimpfung sehr passend. Die Zentrumspresse braucht freilich das Buch des Jesuiten und die päpstliche Sanktion solcher unehrlichen Kampfesweise nicht mehr, sie hat schon immer nach diesem Rezept gearbeitet.

### Das bayerische Zentrum in Nöten.

Das bayerische Zentrum befindet sich infolge der durch seine Mithilfe zustande gekommenen volkswirtschaftlichen Steuern in einer verzweifelten Lage, und nicht bloß die Arbeiter, sondern auch die Bauern werden rebellisch. Die nun in Bayern zur Durchführung gelangende Bierpreiserhöhung hat den Sturm ausgelöst.

Am 20. Mai fand in Weichenborn (Schwaben), einer ausgesprochenen Zentrumsdominanz, eine öffentliche Zentrumerversammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Pfarrer Hebel und Landtagsabgeordneter Postsekretär Kuffer ihren Wählern Bericht erstatteten und die Haltung des Zentrums zu verteidigen suchten. Nur mit Mühe konnten die beiden Abgeordneten zu Ende kommen, es hagelte nur so vor Zwischenrufen. Als die Versammlung, entgegen dem Wunsche der Versammlungsleiter und der beiden ins Gedränge gekommenen Abgeordneten, freie Diskussion beschloß, nahmen die beiden Zentrumsdominierten Hut und Axtensuppe und liefen unter dem jüdischen Hofgesellschaft der Bauern davon.

Die Versammlung, die einen riesigen Besuch aufwies, wurde dann ohne die beiden Anwesenden weitergeführt und unter drohendem Pfeifsal gefielte der sog. Landtagsabgeordnete Postwagen die Käßliche und feige Haltung des Zentrums. Die Niederlage des Zentrums in dieser Versammlung war eine vollständige und ist der Verkauf typisch für die zurzeit auf dem Lande herrschende Erbitterung gegenüber dem Zentrum. Leider gelangt es dem Zentrum im Süden noch besser, seine Wähler zu belämmern.

### Ein Millionär, der Ruhe tun will.

Ein interessantes Bekenntnis hat kürzlich der amerikanische Millionär Josef Feld in einer Ansprache abgelegt, in der es heißt: „Carnegie, Rockefeller, Morgan und andere „Industrieherren“ sind Räuber und ihre Millionen sind über erworbener Gewinn. Zu einer Zeit wie heute, unter dem gegenwärtigen Wirtschaftszustand können wir nicht reich werden, wenn wir nicht das Volk berauben. Ich selbst habe mein Geld auf diese Weise gemacht und meine Firma tut es noch. Sie alle tun es. Jeder von uns „selbstgemachten“ Millionären hat es getan. Jedem habe ich angetragen, mein Geld zu spenden, und ich gehe daran, meinen Haub — ich meine es, was es ist — zur Befreiung des verfaulenden Systems zu verwenden, das ihn möglich gemacht hat. Ich glaube nicht an die Wohltätigkeitsanstalten. Es sind Agenten der Volkverarmung. Ich bin auch kein „Menschenfreund“. Ich habe nicht im Sinn, gemeinnützige Einrichtungen zu fördern, wie hoch man sie auch gemeinnützig einschätzen mag. Rockefeller und andere Millionäre haben ihren Reichtum aufgehäuft durch Ausnutzung ungerechter Gesetze, insbesondere unter dem Schutzsystem. Mit Hilfe dieser Gesetze habe ich auch das Publikum geküßert und tue es noch. Ich bin für diese Gesetze nicht verantwortlich, aber ich bin entschlossen, was ich tun kann, zu ihrer Aenderung beizutragen.“

Man kann nun neugierig sein, was der offenerzogene Mann in Konsequenz seiner Selbsterkenntnis tun wird.

### Soziale Rechtspredung und Arbeiter-Versicherung.

#### Abgeordneter Müller-Meinungen als Gegner des Arbeiteraufstufes.

Im Herzogtum Sachsen-Meiningen sind kürzlich eine Anzahl Sozialisten und forstwirtschaftlicher Vereine von der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft in höhere Stufen genommen worden, weil sie es unterlassen hatten, die bereits seit 10 Jahren erlassenen Unfallversicherungsverordnungen in geeigneter Weise durchzuführen. Den bauerlichen Gesellschaftern sollte das natürlich nicht in den Arm, und so wandten sie sich an ihren Vertreter im Reichstag, den großen Fortschrittsmann Abg. Dr. Müller-Meinungen. Dieser betriebame Abgeordnete, der um sein Mandat außerordentlich besorgt ist, hat dann auch eifrig Schritte unternommen, um die Interessen der Betroffenen wahrzunehmen. Welcher Art diese Schritte waren, das sagt Herr Dr. Müller-Meinungen in folgender Erklärung, die er in der „Vorzeitung“ losgelassen hat:

„Ich habe mich sofort persönlich an einen der höchsten Beamten des Reichsamtes des Innern um Vermittlung gewandt, und einige Tage darauf den Herrn Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Dr. Kaufmann, direkt um Intervention in der ärgerlichen Angelegenheit angegangen. Darauf ist mir nachfolgender Bescheid des genannten Herrn zugegangen, der den jetzigen Stand der Sache klar erkennen läßt, weshalb ich um dessen Abdruck bitte:

Der Vorsitzende der Meininger land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft hat kürzlich eine Denkschrift überreicht, aus welcher nach vorläufiger Prüfung entnommen werden muß, daß die Maßnahmen, welche die Berufsgenossenschaft zur Durchführung ihrer seit zehn Jahren in Kraft stehenden Unfallversicherungsverordnungen ergriffen hat, den Bestimmungen des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft nicht zumwiderlaufen. Gleichwohl habe ich mich, um die beteiligten Unternehmer nach Möglichkeit zu beruhigen, über die weitere Behandlung der Sache mit dem herzoglichen Staatsministerium, Abteilung des Innern, in Meinungen ins Benehmen gesetzt. Ein Hochwohlgeborenen werde ich über den Verlauf der Sache Mitteilung zugehen lassen. Dr. Kaufmann.

Von einer Gesetzesverletzung war niemals die Rede, sondern lediglich von bedenklichen, allzu strengen Massenbestrafungen. Es ist wohl mit Sicherheit zu erwarten, daß nunmehr die Oberbehörden nach Gerechtigkeit und verständiger Billigkeit die Sache ordnen und der bestehenden Unzufriedenheit der betroffenen landwirtschaftlichen Unternehmer abhelfen werden.

M ü n c h e n, den 15. Mai 1910. Dr. Müller-Meinungen.

Einfach unglaublich! Die Berufsgenossenschaft sorgt für die Durchführung der seit 10 Jahren bestehenden Vorschriften; um das zu erreichen, müssen die widerpenstigen Arbeitgeber bestraft werden, und da kommt nun der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Müller-Meinungen, der im Nebenamt auch noch Landgerichtsrat ist, und fällt der Gerechtigkeit in den Arm, bloß um einer Anzahl bauerlicher Unternehmer, die er wohl zu seinen Wählern rechnet, einen Gefallen zu erweisen. Man meckert es gar zu deutlich, daß die Reichstagswahl immer mehr heranrückt, und aus Sorge um sein Mandat sucht der Fortschrittsmann die amtlichen Stellen auf, und setzt seine ganze Kraft dafür ein, daß die in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben tätigen Arbeiter auch weiterhin allen möglichen Gefahren ausgesetzt bleiben. Welcher wird der Bund der Landwirte nicht versäumen, dem Fortschrittsmann Dr. Müller-Meinungen seine uneingeschränkte Anerkennung auszusprechen.

### Zur Reform der Berginspektion.

#### Die Schädlichkeit des Dynamitqualms.

Vom Kameraden Karl Oster wird uns hierzu geschrieben: Dieser seltenen, aber sehr wichtigen Frage für unterirdische Arbeiter — es hängt davon manchmal Leben und Gesundheit der Arbeiter ab — wird zu wenig seitens der Gesetzgebung und der Bergbehörde Aufmerksamkeit geschenkt. Es kommt diese Frage demjenigen, der sein Leben lang Dynamit nicht gesehen, geschweige damit umgegangen hat, etwas merkwürdig vor. Das Wort Dynamit erinnert uns schon an die Gefahr, die damit verbunden ist. Dem Dynamit wird wohl seitens der Bergbehörde Aufmerksamkeit geschenkt, aber nicht dem beim Sprengen von Kohlen oder Gestein durch Dynamit entstehenden Rauch. Wenn man in Betracht zieht, daß auf Zechen, die ziemlich feine Flugaselagerungen besitzen, in einer einzigen Schicht, wenig gerechnet, 100 Kilogramm Dynamit zur Explosion gebracht werden, kann man sich ungefähr ein Bild davon machen, wieviel Rauch, Qualm und schädliche Gase, vor allen Dingen Kohlenoxydgas, dadurch entstehen.

Aber hier kommt noch hinzu, daß die mit gummiartiger Flüssigkeit überzogene, zum Anzündern gebrauchte Zündschnur fast ebenso schädlichen Qualm entwehlet.

Für die Gesundheit der Bergarbeiter sind die auf diese Weise entwehleten schädlichen Gase, denen sie sich nicht immer entziehen können, von der verderblichsten Wirkung. Es mag hier und da gutreffen, daß sich der Bergmann vor den giftigen Gasen der eigenen Schüsse schützen kann. Weil aber die ganze Schicht geschossen werden muß, auch vor anderen Betriebspunkten, bleibt dem Bergmann nichts anderes übrig, als entweder die ganze Schicht seiner Arbeit fern zu bleiben und sich in den Querschlägen oder Strecken, von wo die Luftzufuhr stattfindet, aufzuhalten oder im Qualm zu arbeiten. Fallen aber von den anderen Kameradschaften bereits jede halbe Stunde oder gar alle 10 Minuten Schüsse, dann wird es vor der Arbeit des einzelnen fast nicht mehr



Nur, fast ununterbrochen lagert dort eine dunkle Quallschicht, die das Atmen fast unmöglich macht und die Gesundheit aufs Ärgste gefährdet. Man muß schon nach kurzer Zeit stellen sich stechende Kopfschmerzen und nicht zu bewältigende Mattigkeit in allen Gliedern ein. Aber der Bergmann muß aushalten, denn er muß doch Kohlen fördern, sonst hat er nachträglich im Lohnbuch nichts stehen.

Auf Leben und Gesundheit darf der Bergmann daher nicht viel achten, wenn er nicht mit einem Hungerlohn nach Hause gehen und sich selber und seiner Familie das Brot nicht schmälern will.

Wendern sich diese Verhältnisse nicht, d. h. muß der Bergmann jeden Tag bereit im Dynamitqualm liegen, so treten bald die schwersten Atembeschwerden, Mattigkeit und Bittern in den Gliedern, Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit usw. ein. Er kann das mitgebrachte Butterbrot nicht mehr essen, immer mühseliger wird ihm seine Arbeit, bis es dann eines Tages nicht mehr geht.

Dem Lebel wäre zunächst dadurch zu begegnen, daß die Wetterstrome mehr gesteuert würden, damit nicht eine ganze Abteilung von einem Wetterstrom heimgesucht würde. Wird eine ganze Abteilung von einem Wetterstrom heimgesucht und es wird im untersten Betriebspunkt ein Schuß abgetan, gleit der entstehende Qualm durch alle Betriebspunkte und alle Arbeiter haben darunter zu leiden.

Eine andere Erleichterung könnte durch allgemeine Einführung der elektrischen Zündung geschaffen werden. Wie schon oben erwähnt, verursacht besonders die sogenannte Gummizündung einen ganz heillosen Qualm. Die Schür, die zur Entzündung eines Schusses verwendet wird, ist manchmal sieben Fuß lang, jeder Fuß brennt etwa eine Minute, so daß etwa sieben Minuten dauern, bis der Schuß entzündet wird. In dieser Zeit hat sich der Qualm, der durch die brennende Zündschnur entstanden ist, schon durch die ganzen übrigen Betriebspunkte ausgebreitet und die Luft verborben. Würde elektrische Zündung überall verwendet, so würde dadurch die giftigen Gase ganz erheblich vermindert. Hoffentlich schenken Bergbehörden und Grubenverwaltungen dieser Anregung die notwendige Beachtung.

### Aus unseren Sekretariaten.

#### Lohnpfändungen.

Trotz der vielen von uns und anderen Zeitungen im „Briefkasten“ über das Lohnbeschlagnahmengesetz erteilten Zuschriften gehen uns doch tagtäglich weiter Fragen zu, die die Zulässigkeit der Lohnpfändungen betreffen. Das zeigt, daß in Arbeiterkreisen über das Lohnbeschlagnahmengesetz und seine Auslegung noch recht viel Unkenntnis besteht. Nachstehende Ausführungen dürfen darum wohl am Platze sein:

Völlig ungeschützt, d. h. jeder Pfändung unterworfen ist nach dem Lohnbeschlagnahmengesetz dasjenige Einkommen, welches den Betrag von 1500 Mark jährlich übersteigt. 1500 Mk. jährlich ist nur dann mit monatlich 125 Mk. übereinstimmend, wenn ständig jeden Monat 125 Mk. oder wenigstens durchschnittlich monatlich 125 Mk. verdient werden. Es fragt sich nun zunächst, ob auch dann gepfändet werden kann, wenn ein Schuldner in einzelnen Monaten mehr als 125 Mk., in anderen aber weniger als 125 Mk., insgesamt unter 1500 Mark im Jahre verdient. Diese Frage ist besonders für die Arbeiter mit schwankendem Einkommen wichtig. In früheren Jahren waren die Entscheidungen der Gerichte hierüber nicht so unglücklich als jetzt. So entschied z. B. das Landgericht Dortmund, daß der 125 Mk. übersteigende monatliche Verdienst nur dann gepfändet werden könne, wenn durchschnittlich mehr als 125 Mk. verdient würden und der Gläubiger das nachgewiesen habe. Das Landgericht Essen entschied, daß der über 125 Mk. monatlich hinausgehende Lohn bis zum Jahresablauf zurückgelegt werden müsse und erst dann gepfändet werden könne, wenn nach Ablauf eines Jahres mehr als 1500 Mark verdient seien. Von diesem dem Sinne nach durchaus richtigen Entscheidungen gehen die Gerichte aber immer mehr ab und zwar infolge einer Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm und der Meinung namhafter Ausleger des Gesetzes. Es wird jetzt fast allgemein dahin entschieden, daß der 125 Mk. übersteigende Monatsbetrag auch dann gepfändet werden könne, wenn in den anderen Monaten des Jahres weniger als 125 Mk. und im Jahre weniger als 1500 Mk. verdient werden, oder noch deutlicher gesagt: hat der Schuldner weniger als 1500 Mk. Jahresbeimnahme, verdient er aber in einzelnen Monaten des Jahres mehr als 125 Mk. und in anderen Monaten weniger, so kann in denjenigen einzelnen Monaten, in denen der Lohn 125 Mk. übersteigt, der 125 Mk. übersteigende Betrag gepfändet werden.

Die zweite Frage ist, ob 125 Mk. netto oder brutto verdienen müssen, ob in die 125 Mk. die Beiträge eingerechnet werden oder ob der Schuldner 125 bar Geld in die Hand verlangen kann. Auch diese Frage wird zum Nachteil der Schuldner entschieden. Abzüge für Steuern, Mieten, Lohnlofen und Passengelder werden in die unpfändbaren 125 Mk. monatlich eingerechnet, nur Abzüge für Sprengmaterialien und Bezüge nicht. Also, weil Bruttolohn gilt, erhält bei Lohnpfändungen der Schuldner weit weniger als 125 Mk. rein Geld in die Hand.

Bei den Gläubigern ist die Pfändung des Arbeitslohnes sehr beliebt. Im Gegensatz zu den bei Arbeitern gewöhnlich wenig einbringenden und mit ansehnlichen Kosten verknüpften Möbelpfändungen verursachen die Lohnpfändungen nur geringere Kosten und bringen für den Gläubiger direkt bar Geld.

Die Arbeiter sollten, um sich ihren geringen Verdienst wenigstens nicht noch durch Lohnpfändungen verkürzen zu lassen, sorgfältig alle unnötigen Schulden vermeiden. Unnötige Schulden? Wird die Mehrheit der Arbeiter sagen, die machen und haben wir nicht. Wenn es nur wahr wäre. Leider gibt es noch sehr viele Arbeiter, die, wenn auch nicht aus Verschwendung, (von solcher kann keine Rede sein), aber aus Unkenntnis und weil sie alle Warnungen der Arbeiterpresse nicht lesen oder nicht beachten, Schulden machen, die sich sehr gut hätten vermeiden lassen. Wir meinen da vor allen Dingen Schulden, die durch Gutgläubigkeit an die Worte irgend eines Schwindelagenten entstanden sind.

Wenn irgendwelche schwindelhafte Unternehmungen nach einer Gegend in Deutschland auszuweichen, um ihren Schwindel unter die Leute zu bringen, dann haben sie sehr bald die Augen aufs Ruhrgebiet geworfen. Dort, sagen sie sich, blüht unser Weizen. Dort ziehen andauernd immer neue, aus meist ländlichen und entlegeneren Gegenden kommende Arbeiter zu. Diesen ist unser Schwindel noch nicht bekannt, sie haben auch für ähnliche Schwindelgeschäfte noch kein „Lehrgeld“ zahlen müssen und werden auf den Leim gehen und nun überlaufen die Agenten scharenweise die Wohnungen der Ruhrbergarbeiter, vornehmlich in den neuen Reviere. Warum aber die Schwindelunternehmungen sich mit Vorliebe das Ruhrgebiet aussuchen, das ist, weil man, wie die Leute erlernet haben, daß sie übers Ohr gehauen wurden und nicht mehr zahlen wollen, den Schuldnern den Lohn auf der Tasche pfänden lassen kann. Trotz aller Warnungen vor den Schwindelstranzen lassen machen deren Agenten immer noch ein Bombengeschäft. Ebenso sieht es mit Seigenverläufen und Musikschulen für die Kinder, mit Heil- und Lehrbüchern, mit Wandgemälden und Photographievergrößerungen, mit ausländischen Serienlosengesellschaften und schlechten Feuer- und Lebensversicherungsgeellschaften usw. Die Erfahrung hat gelehrt, daß dann, wenn der Lohn der Bergarbeiter über 125 Mk. steigt, auch die Zahl der zur unläuterer Geschäftsunternehmungen reichenden Agenten wieder zunimmt. Ist erst die kleine Bestenliste unterzeichnet, dann ist in der Regel ein weiter Bogen auf der Tasche gepfändetes Geld das letzte Ende vor für den Sperrgefallenen ein bitteres Lehrgeld. Wer sich das vornehmlich merkt, wird wenigstens in Zukunft sein Jawort verzieht: er will nicht mehr an Schwindelgeschäfte zu zahlen brauchen.

Es sei noch gesagt, daß von der Frau für den Haushalt gemachte Schulden dem Mann am Lohne abgehalten werden können und zwar auch dann, wenn der Mann zu der Bestellung seine Einwilligung nicht gegeben hat. Nur persönliche Schulden der Frau dürfen dem Mann nicht am Lohne abgehalten werden. Persönliche Schulden der Frau sind solche, die nur die Frau als Person, nicht den Haushalt und die Familie angehen, wie Gerichtskosten und Strafen, wenn die Frau allein verurteilt ist.

Der unter 125 Mk. monatlich verdiente Lohn kann für Steuern gepfändet werden, aber nur insoweit, als die Steuern nicht länger als drei Monate fällig sind. Der Lohn über 125 Mk. kann auch für alte, länger als drei Monate fällige Steuern gepfändet werden.

Unterhaltsbeiträge für uneheliche Kinder haben ebenfalls den Vorzug, daß sie von dem unter 125 Mk. verdienten Lohn gepfändet werden können. Es muß dem unehelichen Vater nur so viel belassen werden, als er zum Unterhalt der eigenen Familie unbedingt braucht.

Der größte Vorzug bei Lohnpfändungen haben jedoch die Unterhaltsbeiträge, die an die eigene Familie, an Eltern, Frau und Kinder zu zahlen sind. Nach § 4 Abs. 2, Satz 1 des Lohnbeschlagnahmengesetzes kann für diese Forderungen der Lohn in voller Höhe

b. h. bis auf den letzten verdienten Pfennig gepfändet werden. Der unbeschränkten Pfändung für diese Unterhaltsbeiträge unterliegen auch die Unfall-, Knappschafts-, Reichs- und sonstigen Renten, Kur-, samtliche Einkünfte des Unterhaltspflichtigen. H. A., Bochum.

### Nachrichten aus der Montanindustrie.

#### Banken in der Industrie.

Es gibt wohl kaum noch einen bemerkenswerten Vorgang in der Industrie, bei dem die Banken nicht die Hand im Spiele haben. Nichtiger würde man wohl sagen: der nicht von Banken entriekt worden ist! Hinter der sich jetzt in der Braunkohlenindustrie vollziehenden Konzentration stehen sie natürlich auch wieder. Die kürzlich abgeschlossene Generalversammlung der Niederlausitzer Kohlenwerke behandelte das Aktienkapital von 8 auf 12 Millionen Mark zu erhöhen. Die Kapitalerhöhung soll dazu dienen, das gesamte Aktienkapital der „Kraft“ Bergbauaktiengesellschaft in Leipzig, die Majorität der Aktien der Gewerkschaften „Eise“ und „Albino“ zu erwerben. Das Bezugsrecht der Aktionäre auf die gesamten 8 Millionen Mark neuer Aktien wurde ausgeschlossen; jedoch sollen 2 Millionen Mark neuer Aktien an die Deutsche Bank zu 170 Prozent mit der Verpflichtung abgegeben werden, sie den Aktionären zu diesem Kurse zum Bezug anzubieten. Die Kapitalerhöhung der Niederlausitzer Kohlenwerke soll zunächst auf insgesamt 88 000 Doppelwaggons gesteigert werden. Die Kapitalerhöhung soll ferner die Grundlage für eine Betriebsverbreiterung bilden. Die Verwaltung beabsichtigt, in der „Kraft“ Bergbauaktiengesellschaft ein neues Werk „Kraft II“ mit einer Leistungsfähigkeit von 28 000 Tonnen zu errichten. Außerdem soll auf den der Gesellschaft gehörigen Feldern am Silesiersee unter anderem eine moderne Breiterei mit 24 000 Doppelwaggons erstklassiger Fabrikate Leistungsfähigkeit errichtet werden. Durch die Erweiterungen werde sich die Gesamtproduktion auf 1 510 000 Tonnen stellen. Der Gesellschaft läge eine Offerte der Firma Wulff & Co., Berlin, vor, als Kaufpreis für die angestellten Aktien und Kasse ist Zug um Zug in Bar ein Betrag von 7 Millionen Mark franco Zinsen zu zahlen. In den Ausschichtsrat wurden neu gewählt: Justizrat Ferdinand Lobe (Berlin), Hermann Mischler (Direktor der Deutschen Bank) und Fabrikbesitzer Richard Müller (Gulda). Die Firma Wulff steht wiederum in naher Verbindung mit den Hohensachsen und der Berliner Handelsvereinigung des Fürsten Fürstentum.

### Ergebnisse der Eisenindustrie Rußlands im Jahre 1909.

Roheisen:	1908		1909	
	Produktion	Werte in Rub.	Produktion	Werte in Rub.
Süd-Rußland	117 414 519	122 879 201	12 868 810	9 571 880
Ural	85 888 578	84 918 888	20 915 749	18 399 825
Moskauer Rayon	4 208 387	4 225 613	1 893 745	1 655 088
Wolgaregion	—	—	1 842 918	1 440 826
Nördlicher u. balt.	—	—	—	—
Rayon	120 223	109 978	5 324 691	5 168 579
Polen	12 798 047	18 165 645	4 557 948	6 278 761
Im ganzen Reich	171 072 752	175 294 425	47 408 851	42 504 404
Eisen- und Stahlfabrikate:	—	—	—	—
Süd-Rußland	88 571 909	102 589 057	5 119 538	4 099 996
Ural	39 618 975	41 649 205	4 707 369	4 155 799
Moskauer Rayon	7 088 788	8 368 175	588 526	557 321
Wolgaregion	8 896 442	7 861 480	2 020 489	2 262 372
Nördlicher u. balt.	—	—	—	—
Rayon	9 198 855	9 629 989	1 749 028	1 480 071
Polen	22 022 594	21 209 517	1 880 484	1 681 485
Im ganzen Reich	174 888 073	191 057 882	14 247 524	12 187 944
Fertiges Eisen und Stahl:	—	—	—	—
Süd-Rußland	75 351 148	88 977 856	9 565 171	12 046 472
Ural	31 640 817	33 588 480	8 389 942	7 447 167
Moskauer Rayon	6 408 567	7 364 288	1 577 711	1 474 778
Wolgaregion	7 288 847	6 290 744	768 395	821 480
Nördlicher u. balt.	—	—	—	—
Rayon	7 287 499	6 621 894	1 408 600	1 291 498
Polen	17 821 459	17 190 880	1 700 197	1 683 770
Im ganzen Reich	145 298 827	160 034 067	28 359 018	24 715 114

### Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

#### Zum Kampf im Baugewerbe.

Die Einigungsversuche der Unparteiischen wurden am 31. Mai, nachmittags bekannt gegeben. Da eine Einigung zwischen den Parteien in den Verhandlungen vom 27.—31. Mai nicht zu erzielen war, hatten die drei Unparteiischen einen eigenen Vertragsentwurf ausgearbeitet, der in zwei Teile zerfällt, einen Hauptvertrag und einen Nebenvertrag. Der Hauptvertrag gilt als Vertrag zwischen den Zentralorganisationen und enthält die für alle Vertragschließenden geltenden Bestimmungen. Der Nebenvertrag gilt für Abschlässe der örtlichen Organisationen. In ihm sollen alle örtlichen Verhältnisse Berücksichtigung erfahren und die Bestimmungen über die Arbeitszeit, Ueberstunden, Arbeitslohn und Lohnzahlung, Geltungsberreich und Auflösung des Vertrages aufgenommen werden. Diese Ortsverträge sollen der Genehmigung der Vorstände beider Parteien unterliegen.

Im Hauptvertrag wird über die Arbeitszeit bestimmt, daß sie dort, wo länger als 10 Stunden gearbeitet wird, auf 10 Stunden herabgesetzt werden soll; eine Herabsetzung dieser 10 stündigen Arbeitszeit wird Orten, die mit besonders schwierigen Verhältnissen zu rechnen haben, namentlich in Wohnungs- und Verkehrsgelegenheiten, zugestanden.

Die jetzt geltende Lohnform wird für die Vertragsdauer beibehalten.

Akkordarbeit wird für zulässig erklärt. Wird sie durch Vereinbarung zwischen Unternehmern und Arbeitern eingeführt, so soll innerhalb 6 Wochen ein Akkordtarif zustande kommen.

Nachregelungen gegen Mitglieder einer Organisation, namentlich Sperren gegen Kaufmann, dürfen nicht stattfinden. Bei der Einstellung von Arbeitern darf die Organisationszugehörigkeit nicht in Betracht kommen.

Streitigkeiten aus den Verträgen sind durch örtliche Schlichtungskommissionen zu behandeln, die zu gleichen Teilen aus Unternehmern und Arbeitern zusammenzusetzen sind. Zur Entscheidung von Berufungen gegen Entscheidungen der Schlichtungskommission, sowie zur Behandlung grundsätzlicher Differenzen wird ein Zentralschiedsgericht eingesetzt, dem drei Unparteiische angehören sollen.

Zur Durchführung der Verträge müssen sich die vertragsschließenden Parteien verpflichten. Verstöße und Umgehungen einer Partei, insbesondere Streiks und Aussperrungen, geben der anderen Partei das Recht zum Rücktritt vom Vertrage.

Die Vertragsdauer wird auf drei Jahre bestimmt.

Diesem Hauptvertrage haben die Unparteiischen ein Vertragsmuster für örtliche Verträge beigefügt, das die schon angemerkten einzelnen Bestimmungen über den Arbeitsvertrag enthält.

### 25 Jahre Schmiedeorganisation.

In diesem Jahre können mehrere Zentralverbände auf eine 25 jährige Organisationsstättigkeit zurückblicken. Unter ihnen auch der Verband der Schmiede. Auch ihm blieben die Drangsale des Ausnahmengesetzes nicht erspart. Die Anfänge der Schmiedeorganisation sind in Hamburg zu suchen. Dort wurde 1883 ein Fachverein ins Leben gerufen. Der Gründer und Vorsitzende des Vereins, A. S. N. er, der noch heute im Verbande rührig tätig ist, wurde auf Grund des Schandgesetzes ausgewiesen. Bald gründeten sich auch anderorts lokale Vereine. Im Mai 1885 hielten die an neun Orten bestehenden Lokalvereine in Magdeburg eine Delegiertenversammlung ab, auf der der Organisation eine zentralistische Grundlage gegeben und als Sitz Berlin bestimmt wurde. Als Publikationsorgan galt die „Metallarbeiter-Zeitung“. 1887 wurde dann auf der Generalversammlung zu Hannover der Sitz der Vereinigung nach Hamburg verlegt und beschlossen, ein eigenes Vereinsorgan herauszugeben, das den Namen „Arbeiter-Schmied“ führte. Zwei Jahre später konnten schon in 18 Zentralstellen 1205 Mitglieder gemustert werden; 1890 waren auf dem Verbandstag schon aus 37 Orten 41 Delegierte erschienen, und 1897 zählte die Organisation 2250 Kämpfer, 1901 sodann in 110 Zentralstellen 6240 Mitglieder. Die Organisation wirkte an ihrem inneren Ausbau, sie schuf Unterstützungsvereine und stellte besoldete Beamte zur Leitung der Geschäfte an. Aber auch auf dem Kampfplatz trat sie nun stärker hervor und erzielte durch Lohnbewegungen eine materielle Hebung der Berufskollegen. Die Generalversammlung im Jahre 1908 in Berlin sah 182 Zentralstellen mit 17 191 Mitgliedern bereinigt. Die nachfolgenden Jahre der Krise verminderten den Mitgliederbestand etwas, so daß der Verband im bergangenen Jahre mit etwa 15 000 Mitgliederbestand abschloß.

Zum Jubiläumstage hat der Verbandsvorstand eine prächtig ausgestattete Festschrift der „Schmiede-Zeitung“ herausgegeben, die neben wohlgelegenen Porträts der früheren Leiter und Gründer der Organisation eine Schilderung der Kämpfe und Geschichte der Organisation enthält. Diese Festschrift enthält als Beilage einen kleinen Aufsatz von August Hebel als sein Glückwunsch, dem sich ein Artikel „Ein Rückblick“ von E. Legien anschließt.

Der Verband der reichstreuere Arbeiter kann sich rühmen, im vierten Jahre seines Bestehens in ganz Deutschland 1997 Mitglieder zu zählen. Wieviel „papierene Mitglieder“ darunter wohl noch sein mögen? Mit keinem hochgegliederten Ziel: „Die deutschen Arbeiter vom Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften befreien zu wollen“, ist somit nicht viel Geschäft zu machen. Die armen Schächer sollten nur ihren Laden zumachen.

Geschäftssinn der Gelben.

Aus nachfolgendem Schreiben, das in großer Zahl in verschiedenen Städten an Geschäftsleute vertriebt wird, ist zu ersehen, in welcher Weise der Vorstoßende des Gelben Arbeiterbundes versucht, sich mit neuen Mitteln Geldquellen zu erschließen:

„Charlottenburg-Berlin, den . . . . .  
Domänenstr. 47 (Fernspr.: Charl. 3885).  
Wir fragen hiermit ergebenst an, ob Sie zum Gelben Arbeiterbund in ein Lieferantverhältnis nach Art des Berliner Arbeiterbundes treten wollen. Unser Gelber Arbeiterbund hat in Berlin etwa 20 000 Mitglieder, davon allein bei den Siemenswerken 12 000.“

Was das Vertragschema anlangt, so haben sich die Unparteiischen auf den Standpunkt gestellt, an dem alten, das sich bewährt hat, möglichst wenig zu rütteln.

Zum Schluß raten die Unparteiischen dringend, ihren Vorschlägen beizutreten. Sie sagen:

„Wir glauben nicht, daß wir durch Verhandlungen noch irgend wie weiter kommen. Seit Wochen sind im Baugewerbe die Gegensätze herbeigeführt, und wenn sie jetzt nicht zum Ziel kommen, ist die Konjunktur für dies Jahr vorbei.“

Wenn Sie jetzt nicht zum Frieden kommen, bleibt der Kampf nicht auf das Baugewerbe beschränkt, und die öffentliche Meinung wird sich dann gegen den wunden, der diese Vorschläge kurzweilig ablehnt. Die Führer dürfen die Verantwortung für das Vorbeigehen der Konjunktur nicht auf sich nehmen, sondern sollten trotz manchen Widerspruchs, der sich regen wird, einen Pfad zurücklegen, damit wir im Interesse der Allgemeinheit zum Frieden kommen.“

Bis zum 6. Juni, abends 9 Uhr, sollen die Parteien ihre Erklärung über die Annahme der Vorschläge dem Reichsamte des Innern bekannt geben.

Bis zum 12. Juni, vormittags 10 Uhr, sollen die abgeschlossenen Verträge an die Zentralorganisationen zur Genehmigung eingereicht werden. Kommt in einem Vertragsgebiet bis dahin kein Vertrag zustande, so sind die Anträge der Parteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

Spätestens am 15. Juni soll die Aussperrung aufgehoben werden. Der Verband der Maurer hat für den 6. Juni einen Verbandsstag nach Berlin einberufen, um zu den Vorschlägen der Unparteiischen Stellung zu nehmen.

Der „christliche“ Bauarbeiterverband hat seinen Verbandsstag ebenfalls auf den 6. Juni nach Berlin einberufen, um zu den gemachten Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Inzwischen hegen die Scharfmacher im Baugewerbe munter weiter. So schreibt der Verein deutscher Arbeitgeberverbände der „Rheinisch-Westfälischen Ztg.“, daß der Abschluß des Kampfes am 15. Juni noch keineswegs sicher sei. Es handelte sich vorerst nur um die Vorschläge der Unparteiischen, die erst vom deutschen Arbeiterbund für das Baugewerbe und den Verbänden der Arbeiter genehmigt werden müßten. Sehr wichtige Forderungen der Arbeitgeber würden in den Vorschlägen der Unparteiischen nicht genügend berücksichtigt. Der Einigung über einzelne Bedingungen der Spezialverträge würden namentlich wenn die Arbeiter Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung gleichzeitig verlangten, sehr große Schwierigkeiten begegnen. Vor dem völligen Abschluß aller Verträge sei an eine Aufhebung der Sperre nicht zu denken, im Gegenteil, müßte dieselbe gerade in nächster Zeit noch mit aller Energie aufrecht erhalten werden.

### Bund technisch-industrieller Beamten.

In ihrem Kampfe gegen die He bedrückenden Tendenzen des Kapitalismus hat die rührige Gruppe vom Bund der technisch-industriellen Beamten mancherlei gewerkschaftliche Attribute angenommen und sich damit die Sympathien der organisierten Arbeitererschaft erworben. Leiden doch die schlecht bezahlten und oft wie Marias behandelten Techniker, Ingenieure usw. gerade so gut, in mancher Beziehung noch bitterer, unter dem niederstempfenen Tritt des alles beherrschenden Großkapitals, wie die Handarbeiter. Zudem sind die technisch-industriellen Beamten vielfach die Mittelpersonen zwischen der Arbeiterschaft und den Unternehmern, so daß auch deshalb das Interesse der Arbeiterschaft für die Entwicklung der hoffnungsfrohen jungen Organisation der technisch-industriellen Beamten erklärlich genug ist.

Am 22. Mai tagte die Vertretertagung des Bundes Rheinland-Westfalen. Ingenieur Sandrock aus Düsseldorf erstattete den Geschäftsbericht der Gauleitung. Mit dem Erfolg der Werbetätigkeit war der Mebner voll aufzufrieden. Die Zahl der Ortsgruppen sei von 30 auf 37, die Mitgliederzahl im Gau auf 2885 gestiegen. Auch die Zahl der „Gospitanten“ sei gestiegen. Sandrock vorbereitete sich schließlich über die Rentenversicherung der Privatangestellten. Bekanntlich vertritt die Gruppe der technisch-industriellen Beamtenorganisation die vernünftigen Standpunkt des Anschlusses an die Reichsinvalidenversicherung. Durch die Agitation des Bundes sei diese Richtung gestärkt worden. Ebenso sei der Kampf gegen die partikularistische Standespolitik der größeren Handlungsgesellschaften ausgenommen worden.

In der Nachmittagsagung sprach Ingenieur Traeg-Düsseldorf über das Thema: Mindestgehälter. Ingenieur Brandt-Wachen war Korreferent. Es wurde die Festlegung von Mindestgehältern für notwendig erachtet, damit die geistige Arbeit des Technikers in verdientem Maße bezahlt werde.

Der jungen Organisation der technisch-industriellen Beamten wünschen die Arbeiter aus vollem Herzen die besten Erfolge, zum Ruhm der geistigen Arbeiter, der Gesamtarbeiterschaft und damit der ganzen Bevölkerung.

„Jedem Ehre, jedem Preis!  
Ehre jeder Hand voll Schweiß!  
Ehre jedem Tropfen Schweiß,  
Der in Hütten fällt und Wäulen!  
Ehre jeder nassen Stirn  
Hintern Pflugel — Doch auch dessen  
Der mit Schädel und mit Hirn  
Hungern pflegt, sei nicht vergessen!“



Von der Kaufkraft unserer Vereinsmitglieder bekommen Sie einen Begriff, wenn Sie sich vor Augen halten, daß die hiesigen Siemens-

Wenn Sie unserem Angebot näherzutreten wollen, so bitten wir Sie, uns mitzuteilen, welchen Rabatt Sie unseren Mitgliedern gewähren wollen.

Der Vorsitzende des Gelben Arbeitsbundes (Sitz Berlin), N. Lebius.

Genossenschaftliche Rundschau. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1909.

Dem Genossenschaftstage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der in diesem Jahre in München in der Zeit vom 18. bis 15. Juni abgehalten wird, unterbreitet der Generalsekretär des Zentralverbandes stets einen umfangreichen Bericht, in dem eine Reihe von Fragen, die mit dem Genossenschaftswesen in Verbindung stehen, behandelt wird.

An diesen Teil schließt sich ein umfangreiches Kapitel über die wirtschaftlichen Kämpfe der Genossenschaften und über die Steuererhebung gegen die Konsumvereine.

Von den 28 800 eingetragenen Genossenschaften, die am Schluß des Jahres 1908 vorhanden waren, gehören dem allgemeinen Verband 1857 mit 878 955 Mitgliedern, dem Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften 18 204 mit 1 511 700 Mitgliedern, dem Zentralverband deutscher Konsumvereine 1065 mit 975 041 Mitgliedern und dem Hauptverband der deutschen gewerblichen Genossenschaften 554 mit 76 485 Mitgliedern an.

Verständlichen wir nur die Konsumvereine, so erhalten wir für Ende 1908 im ganzen 2222 eingetragene Konsumgenossenschaften, wozu noch die nichteingetragenen Konsumvereine zu rechnen wären. Die Zahl der Mitglieder dieser Konsumvereine, der eingetragenen und der nichteingetragenen, ist auf 1 450 000 zu veranschlagen.

Table with 4 columns: No., 1908, 1908, 1909. Rows include: Zahl der Verbandsvereine, Zahl der Berichtenden Vereine, Mitgliederzahl, Zahl der Verkaufsstellen, Zahl der beschäftigten Personen, Umsatz, In eigener Produktion hergestellte Waren, Ertrübrigung, Warenbestände, Inventar und Maschinen, Buchwert d. Grundbesitzes, Eigenes Kapital, Fremdes Kapital.

Außerordentlich stark ist die Entwicklung der Eigenproduktion. Der Wert der in eigener Produktion hergestellten Waren stieg von 1908 bis 1909 von 14,7 Millionen Mark auf 53,4 Millionen Mark, hat also beinahe eine Verdreifachung erfahren.

Die vorstehend wiedergegebene Statistik faßt das Ergebnis der Gesamttätigkeit aller Glieder des Zentralverbandes zusammen. Dem Zentralverbande gehören nun aber verschiedene Arten von Genossenschaften an: Konsumvereine, Arbeitsgenossenschaften und Genossenschaften anderer Art, die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine.

Die Hauptzahlen der Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zeigen stetes Wachstum. Wenn es nach einem in England geprägten Worte ein Kennzeichen richtiger Genossenschaftsentwicklung ist, daß niemals der zweite Schritt vor dem ersten getan werden darf, so kann der Zentralverband deutscher Konsumvereine sich in Anspruch nehmen, daß er diesem Grundsätze Rechnung trägt.

Kaufvereinigungen und 1110 Einzelgenossenschaften zusammen. Die Forderungen, die sich der Ausdehnung des genossenschaftlichen Warenbezugs und der genossenschaftlichen Warenherstellung der Konsumenten in die Wege stellen, sind zahlreich und oft von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Internationale Rundschau. Menschenopfer im Bergbau.

Anlässlich des großen Unglücks, das sich auf der Zeche Wöhle haben ereignet hat, weist U. C. Shogga Money in den Daily News auf die Masse der Menschenverluste hin, die sich fort und fort im Bergbau ereignen, ohne das Auge der Öffentlichkeit auf sich zu lenken.

Viel größer aber als bei all diesen Miesenunfällen ist der ständige Verbrauch an Menschen, der sich in zahllosen Einzelunfällen vollzieht, bezart, daß solche Menschenopfer kaum imstande sind, auch nur den Jahresdurchschnitt erheblich zu beeinflussen.

Table comparing accidents in England and Germany from 1851 to 1900. Columns: England, Deutschland. Rows: 1851 bis 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1905, 1906, 1907, 1908, 1909, 1900.

Insgesamt in 58 Jahren 62 889 Insgesamt in 28 Jahren 25 800. Im Jahresdurchschnitt 1 083 Im Jahresdurchschnitt 1 122.

Table comparing accidents in Belgium, Great Britain, and Prussia from 1881 to 1907. Columns: Belgien, Großbritannien, Preußen. Rows: 1881-1890, 1891-1895, 1896-1900, 1901-1907.

Preußen marschiert also in Deutschland und Deutschland in der Welt voran, soweit tödliche Wergarbeitsunfälle in Frage kommen.

In dem Artikel des Daily News (Sprich: Dehlt Nijs) heißt es dann weiter:

„Lebenslust beim Gewinnen von Kohlen ist nicht ein Ding ganz aufergewöhnlicher Art: es ist eine ganz alltägliche Sache. Das große Publikum wird von Entsetzen gepackt bei solch einem Unglück wie in Wöhle, aber Bergmannsdörfern gibt es alle Tage durch geringfügige Zufälle, von denen die Öffentlichkeit niemals hört.“

Die Gesamtzahl der Unfälle in Kohlenbergwerken muß, da eine amtliche Unfallstatistik nicht besteht, aus den Berichten der Hilfskassen berechnet werden. Die Unterstützungskasse für West Riding, die nur für Wergarbeitsunfälle besteht, gibt an, daß von 1000 ihrer Mitglieder jährlich 200 Unfallunterstützung empfangen.

Dabei ist durch verbesserte Lüftung u. a. namentlich die Explosionsgefahr wesentlich geringer geworden. Nach dem Bericht des Inspektors Leonard Ward fielen von 1856 bis 1880 1288 Menschen Explosionen zum Opfer.

Frankreich. Wie schon in unserem Bericht über den nationalen Kongreß der französischen Wergarbeiter zu A l b i mitgeteilt, ist es auf diesem Kongreß gelungen, einen engeren Zusammenfluß der französischen Wergarbeiterorganisationen herbeizuführen.

Knappschäftliches.

Arbeiter-schädigende Praktiken im Allgemeinen Knappschäftlichen.

Mit un wahren Behauptungen Krankengeld be weigert. Einen bemerkenswerten, die Geschäftspraktiken des Wochener Knappschäftlichen beleuchtenden Fall wird heute zu veröffentlichen in der Lage: Der Bergmann Max Sch. zu Stodum wurde am 27. Juli 1909 nach längerer Krankheitszeit aus dem Krankenhause entlassen.

getan hatte, um möglichst schnell wieder ansfahren zu können, wurde doch seitens des Betriebsleiters bezweifelndem Knappschäftlichen jede Entschädigung für den Ausfall der 16 Tage abgelehnt.

„Beschwerdeführer kann die Zahlung des Krankengeldes auch nicht mit der Begründung verlangen, es sei ihm durch die Schuld des Vereins bzw. seiner Organe der Krankenschein erst am 12. Aug. ausgeschrieben worden, so daß er vor dieser Zeit nicht wieder habe ansfahren können.“

Hier wird also, um die Zahlungsverweigerung des Knappschäftlichen betriebs der Aufsichtsbehörde gegenüber rechtfertigen zu können, vom dem Verein die unwahre Behauptung aufgestellt, der Mann habe sich weder mündlich noch schriftlich an die Verwaltung des Vereins gewandt.

Höher geht es bei der Begründung von Krankengeldverweigerungen wohl nimmer! In diesem Falle war der Mann erfreulicherweise in der glücklichen Lage, mit einem von der Knappschäftlichen auf seine Meldung abgekannten Antwortschreiben klipp und klar nachweisen zu können, daß der Verein der Aufsichtsbehörde die Unwahrheit mitgeteilt hatte.

Die Tatsache, daß die größte Krankenkasse Deutschlands einerseits, Mitgliederleistungen mit un wahren Behauptungen verweigert, wirkt ein bezeichnendes Licht auf die Geschäftspraxis der unter dem maßgebenden Einfluß der Werkbesitzer stehenden Kasse.

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Besse Bergmann wird jetzt modern; sie macht in Verchtigungen, doch können dadurch Tatsachen nicht aus der Welt geschafft werden. Unwahre soll es sein, daß keine Gegengewichte vorhanden sind. Tatsache ist jedoch, daß vor einigen Jahren einmal einer vorhanden war, seitdem aber nicht mehr; nach unserer Kritik in der Zeitung und in der Besprechungsversammlung ist wieder einer angefertigt, aber noch nicht benutzt worden.

Besse König Ludwig IV/V. Im Schüttelrutschenbetrieb erhalten hier die Ortsältesten 30 Pfg. pro Schicht mehr wie die anderen Dauer, natürlich nur, damit sie die anderen tüchtig antreiben sollen.

Besse Mont Genis I u. III. Wir eruchen die Bergbehörde, eine Befragung des Revier vom Steiger Luigs vorzunehmen. Im Flöz Gretchen, auf der vierten Sohle am Gattelskopf, werden die Steinwagen an einem gewöhnlichen Hanfsirid bei über 25 Grad „Einfallen“ hinabgelassen.



geschlossene Bergarbeiterorganisation, die unentwegt an der Verbesserung der Lebenslage aller Bergarbeiter arbeitet, und dies ist der 'alte' Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

Neue Messingbauern II. Wiederholt haben wir uns schon mit den Verhältnissen auf dieser Zechen beschäftigt, aber wie es scheint, ohne Erfolg. Der Steiger W., Hebler 13, bestraft die Arbeiter, wenn diese über die Ursache wissen wollen, weiß er sie nicht anzugeben oder er weiß überhaupt von der Bestrafung nichts.

Neue Messingbauern II. (Verichtigung der in Nr. 21 vom 21. Mai d. J., Seite 6, enthaltenen Notiz). Die Unterzeichner der Verichtigung vom 20. April d. J. sind keineswegs falsch berichtet gewesen, wenn sie die Notiz vom 8. März d. J. über verfallene Sanktionen, übermäßige Bestrafungen, langsame Lohnzahlung und Abzüge bei unterlassener Reinigung aufgegebenen Mietwohnungen für unwahr erklärt haben.

**Königreich Sachsen.**

Lugauer Steintohlenbauverein in Lugau. Wiederholt haben wir auf die unzureichenden Zustände aufmerksam gemacht, welche hier bei der Lohnzahlung vorhanden sind. Soweit uns bekannt, hat auch der Arbeiterausschuss schon versucht, die Werksverwaltung zu überzeugen, daß Ordnung eintreten soll. Was jetzt alles vergebens! Es handelt sich um frühzeitigeren Anfang der Lohnzahlung. Das Ausfahren beginnt früh 6 Uhr und die Lohnzahlung 15 Minuten vor 7 Uhr. Wozu denn nun die Arbeiter so lange warten lassen? Es wäre eine kleine Gefälligkeit, die dem Werk auch nicht einen Pfennig kostet.

**Süddeutschland und Reichslande.**

Aus Klein-Saarabien. Die wirtschaftliche Lage der hiesigen Bergarbeiter scheint sich immer unangünstiger gestalten zu wollen. Die Preise für Lebensmittel und sonstige zum Leben notwendige Verbrauchsmittel schnellen immer mehr in die Höhe, so daß die jetzigen Löhne des größten Teiles der Bergarbeiter bei weitem nicht mehr hinreichen, die nur einigermaßen notwendigen Lebensbedürfnisse zu beschaffen. Ja, man droht sogar den so langen Lohn auch noch durch die schwersten Strafen zu kürzen, wie in einer vor kurzem veröffentlichten Bekanntmachung betont wurde.

**Zur Lage der Bergarbeiter in Schaumburg-Lippe.**

Mit eigenartigen Methoden sucht die Verwaltung des Oberbergämter-Gemeinschaftswertes die Geesie der hiesigen Bergarbeiter zu gewinnen. Oft fragwürdige Behandlung, Schikanen verschiedenster Art, Lohnrückstände durch hochgradigen der Bedinge, bürgern sich immer mehr ein. Wollen die hiesigen Bergarbeiter in der günstigen Zeit auch eine bescheidene Lohnverbesserung haben und gestalten sich dabei auf die höheren Löhne auf dem Privatgruben hinzuweisen, dann kommt der Fiskus schnell mit dem Einwand, der Fiskus jehe auch die Löhne in der Krise nicht herab, wie die Privatwerke und könne somit eine parteiische Lohnsteigerung nicht mitmachen.

diese gute Organisation und deshalb konnte man mit den Bergarbeitern auch mehr Schindluder spielen als in Schaumburg-Lippe. Ging aber auch der Lohn zurück, so ist doch die Arbeitsleistung der Arbeiter gestiegen. Es betrug:

Table with 3 columns: Year, Förderung (Tonnen), Die Belegschaft (Mann). Rows for 1907 and 1908.

Die Förderung ist also um 14 180 Tonnen, oder um 3,4 Prozent, die Belegschaft aber um 110 Mann, ist 4,2 Prozent, gesunken. Die Belegschaft hat sich also stärker vermindert als die Förderung, mithin ist die Arbeitsleistung der Arbeiter gestiegen.

Für 1909 liegen ja die amtlichen Nachweise noch nicht vor; der Staat kommt ja mit seinen Verichten immer reichlich spät. Aber nach den Klagen der Arbeiter und sonstigen Vorgängen ist anzunehmen, daß die Löhne 1909 nicht besser waren und jetzt nicht besser, eher schlechter sind. Auf dem Georgsacht-Weiß z. B., wurden seit Dezbr. einzelnen Kameraden 10-40 Mark Minderlohn ausgesetzt.

Mit der Sicherheit der Arbeiter scheint man es auch nicht immer so genau zu nehmen. So wird uns von den Arbeitern von D. D. 4 berichtet, daß dort, Mannschafts- und Pferdeförderung, alles durcheinander geht. Auf den Einspruch der Arbeiter erklärt der Steiger, er übernehme die Verantwortung. Wir haben oftmals die Erfahrung machen müssen, daß sich, wenn ein Unglück passiert ist, die Beamten vor der so gepriesenen Verantwortung drücken.

Leider gibt es auch hier sogenannte 'Auchkameraden', die die Bergarbeiter zu schädigen suchen. Besonders ist es ein 'Auchkamerad' Sch. in Görzamp, der als Kirchenvorstandsmitglied und Kirchengeldbesitzer die Arbeiterbewegung vernichten will.

**Aus dem Arceife der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

Der Schichtmeister Wilhelm Kottkamp von Serne hatte sich wegen fahrlässiger Tötung und Verstoßes gegen die §§ 25 und 26 der Bergpolizeiverordnung vom 12. Jan. 1895 vor der Strafammer in Bochum zu verantworten. In der Verhandlung wird den Schichtmeistern zur Pflicht gemacht, vor dem Abtun der Schiffe selbst die Strecke von Weichen zu säubern und herankommende Vergleite durch den Zuruf: 'Es brennt!' aus dem Gefahrenbereich der Schiffe zu halten.

**Der Wirt Düfelshöft in Südtamen**

ist ein scharfer Gegner der freien Arbeiterbewegung, nicht nur in Worten, sondern sogar mit Taten. Die Arbeiter und deren Organisationen haben es ihm nun einmal angetan, obwohl er früher auch nur ein armer Kumpel war. Rein, doch nicht ganz; er war ein 'besserer' Bergmann, der sich stets der besonderen Gunst seiner Vorgesetzten erfreute.

Herr Wirt am zweiten Feiertage abends sogar ohne Grund und Ursache auf öffentlicher Straße gegen einige Bergarbeiterverbandskameraden lästlich vor. Die Besessenen schlug er auf die ruhig ihres Weges Gehenden ein. Natürlich wird das gerichtliche Nachspiel nicht ausbleiben.

**Für die Schweinehunde gebe ich nichts.**

so erklärte der Kartoffelhändler Opaska-Castrop, als er von einem Kameraden angegangen wurde, etwas für die ausgeperrten Bauhaubwerker zu zeichnen. Auch seinem Vorgesetzten über die Bergarbeiter machte er bei dieser Gelegenheit Luft. Er erklärte, 'diese Schweinehunde wären 1905 beim Streit zu ihm gekommen, um Kartoffeln zu erhalten; er habe ihnen dann auch welche gegeben, aber nachher hätten diese Schweinehunde nichts mehr bei ihm gekauft; er gäbe darum den Schweinehunden für so was überhaupt nichts mehr.'

**Das Attentat auf den gefunden Menschenverstand.**

welches den satyam bekannnten Leuten am 20. Mai in Schmidtthorst vorbeigeht und worüber wir in vor. Nummer berichteten, soll am 6. Juni im e v a n g e l i s c h e n V e r e i n s h a u s e in S a m b o r n wiederholt werden. 'Die rabauischenden Beamten des sozialdemokratischen Verbandes haben keinen Zutritt'; so lesen wir auf einem Handzettel der in Schmidtthorst und Hamborn verbreitet wurde und unterschrieben ist: Verlag: Vorstand der Vereinigung der Bergarbeiter Deutschlands.

Wir denken, diese Wiltensarte genügt!

**Das ist des armen Bergmanns Sterben.**

- Am 26. Mai verunglückten auf Zeche Hermann in Selm die Vergleute Phil. Wächter und Heinz. Kerste durch Anstoßen einer sichergestellten Sprengapparate. Die Verunglückten wurden von den umherliegenden Steinblöcken zertrümmert.
- Am 27. Mai verunglückten auf der Zeche Concordia, Schacht II, drei Vergleute durch Schlagwetter. Sie erhielten lebensgefährliche Veranwunden. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.
- Am 27. Mai verunglückten ferner drei Vergleute auf Schacht V der Saar-Mosel-Bergwerksgesellschaft durch niedergehende Gesteinsmassen. Einer wurde getötet, zwei verletzt.
- Am 28. Mai verunglückten auf dem Bahnschacht der Königsgrube in Oberschlesien die Vergleute Wiebga und Gausletta durch Zuberbrechen eines Pfeilers. Beide wurden als verstümmelte Leichen unter den Trümmern hervorgezogen.
- Am 28. Mai verunglückten ferner auf dem Bismarckschacht der Königsgrube die Vergleute Bietzel und Storrupa tödlich, dadurch, indem sie unter hereinbrechende Kohlenmassen kamen.
- Am 29. Mai war Sonntag.
- Am 30. Mai verunglückten auf einer Erzgrube bei Friedrichslegen zwei Vergleute dadurch, indem zwei Förderer zusammenstießen. Der Bergmann Kaiser wurde getötet und der Bergmann Keiper erlitt Brüche beider Oberschenkel und schwere innere Verletzungen.
- Am 30. Mai verunglückte weiter der Bergmann Ed. Sahmann auf Zeche Zollverein bei Katernberg tödlich durch nachstürzende Gesteinsmassen.
- Am 31. Mai verunglückte auf Zeche Holland bei Wattenscheid der Schlepper Josef Grenier durch Sturz mit einem beladenen Wagen Kohlen in den Stapel tödlich.
- Am 31. Mai wurde der jugendliche Expeditionsarbeiter Müller, auf der Zeche Samuil II bei Cielel zwischen den Puffern zweier Eisenbahnhwagen zu Tode gedrückt.

**Redakteur Zmbusch wegen Beleidigung des Verbandsvorstandes zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.**

Vor der Berufungsinstanz des Essener Landgerichts hatte sich am 4. Juni der Redakteur des 'Bergknappen', Herr Heinrich Zmbusch, wegen Beleidigung des Vorstandes des Deutschen Bergarbeiterverbandes zu verantworten. Der zur Anklage stehende Vorgang liegt um zwei Jahre zurück, seine Verjährung war möglich, weil es sich um die bekanntesten Verleumdungen des Renegaten Spaniol handelt, die Zmbusch in einer 'christlichen' Versammlung, welche am 3. Mai 1908 in Braud bei Gladbeck stattfand, weiterverleumdete hat. Die Anklage behauptet, daß Zmbusch in dieser Versammlung u. a. gesagt habe: 'Die Privatkläger hätten ihnen anvertraute Verbandsgeheime im Betrage von 10 000 M. unterschlagen, sie würden sich hüten, zu klagen, denn Sache habe ja selbst zugegeben, daß Unterschlagungen vorgekommen seien.'



Spaniol aufgestellten Verleumdungen geredet habe, oder ob er die inkriminierten Verleumdungen als eigene Meinung geduldet habe.

Rechtsanwalt Dr. Wallach II begründete als Vertreter des Verbandsvorstandes eingehend die juristische Unhaltbarkeit des Urteils...

Der „Bergknappe“

Es ist für notwendig, mich wegen meiner Ausführungen in Nr. 20 der „Bergarbeiter-Zeitung“ über das Verhalten der „Christlichen“ zum Gewerkschaftskongress...

Nur eins möchte ich in dieser Beziehung erwähnen. Der Anonymus behauptet, er sei schon als gewählter Arbeitervertreter tätig gewesen...

Auf einige sachliche Ausführungen des „Bergknappen“ halte ich aber für notwendig einzugehen.

Wenn das einen Sinn haben soll, dann doch nur den, daß die heutigen Verlester, welche am 12. Oktober 1907 für das Statut stimmten...

Zu der Generalversammlung am 12. Oktober 1907 haben für das Statut gestimmt die Verlester: Berger-Bochum, Borgs, Bloch, Buschmann...

Darunter ist kein Verbandsältester, sondern mit Ausnahme von Joffisch, der Grubenbeamter ist und von dem ich nicht weiß, ob er „Christlich“ ist...

Dann schreibt der „Bergknappe“ noch folgendes: „Es wird aber den Kameraden aus dem Gewerksverein (I. D. W.) nicht wenig Freude machen, daß der Genosse Witt wiederum feierlich betont, die Gewerksvereinsältesten hätten im Bochumer Knappschäftsverein nichts zu sagen.“

Mit meiner Behauptung, die „Christlichen“ hätten im Bochumer Knappschäftsverein nichts zu sagen, habe ich lediglich eine Tatsache festgesetzt.

Der „alte Arbeitervertreter“ im „Bergknappen“ scheint aus meinen Ausführungen aber doch schon jetzt lapidar zu haben, daß die „Christlichen“ zu der von den Verbandsältesten im vorigen Jahre beantragten außerordentlichen Generalversammlung keine Anträge stellen konnten...

„Durch die Zurückziehung der Einberufung der geforderten Generalversammlung und das Fallentlassen ihrer Anträge haben die Verbandsältesten ihre „Geburtsstunde“ für ein „Linsenmehl“ verkauft.“

Der „christliche“ Verfasser meint, auch das würde ich nicht begreifen können und darin hat er mal ausnahmsweise Recht. Ich habe schon im vorigen Artikel darauf hingewiesen, daß der Antrag auf Einberufung der außerordentlichen Generalversammlung mit Rücksicht auf die ohnehin bald bevorstehende ordentliche Generalversammlung zurückgezogen worden ist.

Die am Schluß des Bergknappenartikels aufgestellte Behauptung, ein Verbandsältester habe sich ihm gegenüber abfällig über mich geäußert, halte ich so lange für erlogen, als mir der Artikelschreiber den

Ramen desselben sowie seinen eigenen nicht nennt. Damit werde ich für meine Person die Diskussion schließen, es hat keinen Zweck, sich mit Leuten über das immerhin schwierige Gebiet des Knappschäftswesens auseinanderzusetzen...

Wie der Gewerksverein seine Pflichten gegenüber seinen Mitgliedern erfüllt

Der Bergmann Meier von Westensfeld bei Höntrup geriet am Nachmittagsmontag unter einen Wagen der elektrischen Straßenbahn Höntrup-Wattenscheid. Er wird nun seit dieser Zeit im kathol. Krankenhaus zu Wattenscheid behandelt...

Warnung vor der Auswanderung nach Frankreich.

Zu der Auswanderung polnischer und anderer Bergleute nach Frankreich wird der Presse behördlicherseits folgendes mitgeteilt: In der Tagespresse erschienen seit einiger Zeit folgende Nachrichten, die sich auf die Auswanderung polnischer Bergarbeiter nach Frankreich beziehen...

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Ein Obersteiger und ein Arbeiter vor dem Schöffengericht

Am 31. Mai d. J. standen vor dem Rgl. Schöffengericht zu Zabrze der Obersteiger Jünny von der Konfordigrube und der 21-jährige Arbeiter Paul Karwath aus Zabrze-Wald. Am 7. März d. J. kam der Obersteiger in Begleitung eines Steigers auf eine Einfahrende des Andreasflözes...

Süddeutschland und Reichslande.

Der „Bergknappe“ und die Wahrheit.

In der Nr. 17 des „allchristlichen“ „Bergknappen“ befindet sich wieder einmal ein Artikel aus Hausdam. Aber nicht über Grubenmistranten oder die zahlreichen Freiheitskämpfer berichtet dieser Apostel der Wahrheit. Nein, aufeinander sind unsere christlichen Kumpels mit allem zufrieden.

Bei dem Bergmann G. J. wohnt ein ehemaliger Bergmann, der vor einiger Zeit entlassen wurde und jetzt beim Bahnbau Arbeit gefunden hat. Unser Kamerad konnte nun bei dem schlechten Wetter, das fast vier Wochen lang herrschte, nur an ganz wenigen Tagen etwas verdienen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Der Streik der Belegschaft des Kaliverks Teutonia

In Wustrow hat sich jetzt auf den ganzen Betrieb ausgedehnt. Die wie schon mitgeteilt, sollten die meisten Streikenden, die in der Grubenkolonie wohnen, aus der Wohnung herausgeholt werden.

Briefkasten.

Nach Langendreer. Es handelt sich um Schwindler, denen es nur darauf ankommt, Dumme, die ihnen auf den Leib gehen, zu rippen. Auf den Gruben in Frankreich werden keine Leute von auswärts gesucht, wer sich dorthin begibt, geht einem ungewissen Schicksal entgegen.

Abrechnung.

Folgende Zahlstellen haben für den Monat April 1910 bei der Hauptkasse in Bochum abgerechnet:

- Bezirk Hamm: Hamm 278,25 (51,75), Ramen I 878,85 (148,25), Ramen II 1151,85 (184,75), Kaiserau 847,30 (147), Berne a. d. L. 128,25 (15,25), Königsborn 552,05 (93,25), Voenen 904,10 (121,50), Methler 171,40 (27), Binnern 232,50 (37,50), D.-Wassen 274,85 (29,25), Mühlte 391,20 (25), Wilmmerich 216,95 (40,75), Deeren 741,35 (115,75), Huna 811,75 (137,75), N.-Wassen 482,35 (93,25), Ramen III 198,85 (27,75), Markt 36,50 (1), Alferde 104,05 (12,75), Wiefershausen 441,05 (88,75), Mühlhausen 71,05 (9,25), Waffenerbeide 84,70 (14), Hamm-Ord 348,50 (32,50), Ahlen 203,40 (36,50), Bezirk Dortmund: Brackel 808,80 (118,50), Rahm 180,75 (30), Wambel 133,80 (27), Dorffeld 404,30 (64), Dortmund II 449,50 (125,50), Dortmund V (Ebene) 170,50 (19), Scharnhorst 474,65 (81,75), Gunderde 200,40 (25,50), Lindenhorst 267,50 (25), Eving II 455,40 (67), Wiede 278 (16,50), Despel II 208,65 (34,25), Despel I 651,70 (125), Dortmund III 585,25 (75,25), Deufen 224,40 (30,50), Kley 168,75 (23,75), Eving I 385,80 (42,50), Marten 807,95 (131,75), Eving II 532,85 (84,75), Dortmund I 2121,80 (326), Dortmund IV 177,55 (18,25), Affeln 408,20 (57), Bezirk Castrop: C.-Castrop 321,05 (57,25), Ranzel 410 (32), Sonnborn 378,60 (69,50), Sodingen 523 (82), Jörden 152,30 (18,50), Wöbbinghausen 431,15 (69,75), Castrop 513,55 (86,25), Weidich 264,05 (53,75), Frohlide 90,95 (14,75), Groppenbruch 207,45 (30,75), Gablinghof 215,60 (37), Holtbausen-Wörnig 384,15 (41,25), Kirchhölde 347,00 (50), Weingerde 814,55 (122,25), Deininghausen 165,05 (23,25), Wodlschönberg 198,05 (16,75), Bezirk Gicklinghofen: Weilinghofen 246,20 (41), Auf dem Schone 410,55 (82,75), Benninghofen 240,50 (40,50), Annen I 948,70 (148), Görde 385,95 (57,25), Kirchhölde 388,70 (46,50), Bräuninghausen 238,15 (32,25), Menglinghausen 123,40 (24,50), Annen II 334,45 (56,75), Schöper 568,20 (91,50), Hengien 303,30 (46), Wittermarkt 183,80 (30), Saron 562,80 (79), Solenhofen 146,10 (31,50), Gücksten I 245,40 (54,50), Krudel 441,85 (86,25), Sombbruch 592,60 (98,50), Schanze 202,60 (35,50), Aplerbe 580,50 (86,50), Groppenbruch 468,25 (66,25), Mühlberg 308,70 (78), Eichholz 603,15 (120,25), Gücksten II 128,20 (20), Solwilde 488,85 (87,25), Aplerbedermarkt 579,80 (94), Eilbe 257,40 (43), Schwertbeide 120,50 (17,50), Gicklinghofen (Mai) 695,25 (141,25), Sommerberg 105,25 (18,75), Rüdighausen 377,95 (67,25), Ende 135,90 (27), Hodeney 102 (20), Bezirk Linden: Stüter 398,15 (53,25), N.-Sprodhövel 536,60 (89,50), Dommer 431,05 (82,75), Freisenbruch 474,35 (73,25), Gickhölde 314,20 (46,50), Wengern 100,25 (31,25), Witten 601,25 (70,75), Otholz 302,65 (48,75), Herbe 144,60 (10 u. 21,25), N.-Wengern 40,20 (3), Gattungen 93,35 (9,25), Wredenfeld 184,80 (18), Querenburg 382,65 (61,25), Sömege 206,20 (50,50), Dahlhausen I 231,90 (29,50), Söborn 317,95 (50,25), Weithölde 124,50 (2,50), Dahlhausen-Sörsterholz 172,05 (24,25), Witz-Baak 462,45 (94,75), Altendorfer-Ruhr 237,40 (45,50), Gablinghofen 393,25 (70,75), Eppendorf 327,40 (60), Linden 534,40 (76), Forst-Ruhr 222,25 (30,25), Holtbausen 159,80 (18,50), Heven 198,90 (23,50), Stiepel I 296,50 (57,50), Stiepel I 304,60 (63,50), N.-Wonsfeld 197,50 (29), Wornholz-Durckholz 351,05 (20,25), O.-Sprodhövel 400,80 (84,50), Weitmar I 329,45 (46,25), Dahlhausen I 344,35 (37,75), Giblinghausen 180,80 (26,50), Bezirk Bochum: Bochum VI 207,75 (33,75), Bergen 187,90 (27,50), Laer 1110,85 (201,25), G.-Gerthe 513,70 (82,50), Langendreer II 782,10 (148), Riemte 509,90 (81,50), Bochum I 356,65 (66,75), Bochum IX 367,75 (54,75), Bochum V 277,50 (35,50), Altendochum 594,85 (66,75), Bochum III 618,75 (101,75), Langendreer I 1417,50 (252,50), Harpen 706,35 (83,25), Bochum VII 344 (45,50), Berne b. Lgd. 318,05 (234,75), Bochum II 726,45 (97,25), Weitmar II 531,95 (84,25), Bochum IV 472,85 (49,25), Bochum VII 619,50 (74,50), Kallehardt 401,85 (75,25), Bezirk Gicklinghofen: Langendochum 266,75 (44,25), Döfeln 228,85 (37,75), Baulau 806 (122), Datteln 283,50 (38), Galters 117,25 (13,25), Riedlinghausen-Süd 1066,65 (175,25), Westerholt 216,45 (30,25), Hamm-Roffendorf 42,30 (7,50), Horsthausen 324,85 (50,25), Riedlinghausen 263,25 (45,75), Hochlar 168,95 (31,25), Erkenfeld 820,45 (128,25), Herne 2301,45 (335,75), Studenbusch 74,50 (12,50), Dremer 231,30 (46), Hertel 1147 (191,50), Riedlinghausen 1234,30 (237), Hochlarmark 496,55 (81,75), Henrichsburg 197,10 (34), Hilt 504,35 (93,75), Sinsen 126,20 (18,50), Suderwich 429,10 (80,50), Stiel 54,25 (7,25), Bülsen 57 (7,50), Bezirk Gicklinghofen: Wottrop I 133,80 (12,50), Butendorf 731,25 (91,75), Wottrop II 1166,75 (170,75), Buer 937 (168), Erle I 601,50 (97,50), Gladbeck II 808,35 (128,25), Erle II 755,05 (95,75), Weckhausen 311 (49,50), Hüfle 549,30 (50), Herne-Dorsten 95,10 (13,50), Gladbeck I 931,35 (139,25), Forst-Emscher 360,60 (48,50), Reffe 159,25 (39,25), Dierfeld 322,40 (48), Forst-Emscher 1003,55 (161,25), Bezirk Gicklinghofen: Sorbel 318,20 (35), Leithe 339,85 (60,75), Gicklinghofen VIII 322,60 (65,50), Holterhausen 501,15 (47,75), Gicklinghofen VII 494,10 (69), Höntrup 610 (79), Gicklinghofen III 1322,10 (175), Gicklinghofen IV 811,80 (87,50), Gicklinghofen II 805,85 (110,75), Wanne 1185,05 (169,75), Gicklinghofen I 843,50 (101), Gicklinghofen V 233,70 (16,50), Gicklinghofen VI 856,30 (149), Riedlinghausen 611 (101), Wattenfeld 2575,35 (437,25), Eidel 856,85 (97,75), Gücklingfeld 890,60 (163,50), Weitenfeld 606 (112) Wt., Bezirk Essen-Eil: Rellinghausen 244,15 (30,75), Schonnebeck I 202,10 (20), Bergerhausen 446,60 (47), Schonnebeck II 521,05 (87,75), Freilendorf 444,35 (77,25), Ueberruhr 102,55 (29,75), Rotthausen 1474,80



